

I. Abschnitt

Die Jahre des Aufbaues und der Aufarbeitung

Herbst 1946 bis Mitte 1948
Präsident: Alois Johannes Lippl

Der Landesjugendausschuss wird gegründet

1946

Wir können es uns ersparen, die äußeren Lebensumstände des Jahres 1945 in Bayern hier zu schildern. Andere Schriften geben über die Einzelheiten Auskunft

Gründungsver-
sammlung

Am Freitag, den 24. Mai 1946, lenkten 66 Personen ihre Schritte zum Staatsministerium für Unterricht und Kultus in München, Salvatorplatz 2. Im wahrsten Sinne des Wortes – sie stolperten über Trümmer, und nur wenigen Auserwählten von ihnen war es vergönnt, mit einem Kraftwagen zu der Gründungsversammlung des Bayerischen Landesjugendausschusses vorzufahren die für 9 Uhr vormittags angesetzt war.

Militärregierung

Zu diesen Auserwählten zählten natürlich die Vertreter der Militärregierung in Bayern, allen voran General Muller, assistiert von drei weiteren Militärpersonen und zwei Zivilamerikanern. Einer der beiden zivilen Amerikaner war der allmächtige Chef der Information Control Division (Kontrollabteilung des Informationswesens).

Anwesenheitsliste

Mit einem klapprigen Vorkriegs-Pkw erschien zu der Sitzung Bayerns zweiter Nachkriegs-Ministerpräsident, Dr. Wilhelm Hoegner. Die Anwesenheitsliste verzeichnete ferner u. a. folgende Namen: der damalige Kultusminister Dr. Franz Fendt, der damalige Regierungspräsident von Mittelfranken Dr. Schregle, Münchens Stadtschulrat Dr. Anton Dingerle, der Nestor der bayerischen Jugendherbergen Prof. Ernst Enzensperger, aus dem Kultusministerium Dr. Heinrich Lades (heute Oberbürgermeister von Erlangen), Franz Josef Strauß (der damalige Jugendreferent im Kultusministerium und heutige CSU-Landesvorsitzende), ferner die Namen Leonhard Burger (heute 2. Vorsitzender des bayer. Jugendherbergswerkes), Dr. Guido Fischer, Dr. Anton Graßl (heute Leiter der Referate für Jugendfragen, Begabtenförderung und Erwachsenenbildung im Kultusministerium), Otto Fischer (lange Jahr Vorsitzender der Pfadfinderschaft St. Georg), Martin Rueff (langj. Leiter des Münchner Stadtamtes für Leibesübungen), Edmund Johannes Lutz (heute Don-Bosco-Verlag), Hans Weinberger (heute Vertreter der Wohlfahrtsverbände im Senat), Hans Martin Helbich (damals Vertreter der Evang. Kirche, heute Generalsuperintendent in Berlin), Josef Abbt (damals Referent im Kultusministerium, heute Weingroßhändler in München), Dr. Elisabeth Bamberger (damals Landesjugendamt, später viele Jahre Leiterin des Jugendamtes München), Franz Steber

(damals als Vertreter der CSU anwesend, später viele Jahre Mitarbeiter in der kath. Sozialarbeit, heute im Ruhestand).

Lizenzierungsverfahren	Was war dieser von einem Teenachmittag mit musikalischen und literarischen Darbietungen umrahmte Gründungsversammlung vorausgegangen? Bald nach dem Einmarsch der Amerikaner in Bayern hatten sich antifaschistische Kräfte zumeist Mitglieder der ehemaligen Parteien, zusammengefunden, um die alten Organisationen wieder ins Leben zu rufen. Die Militärregierung verbot zunächst jegliche Zusammenschlüsse. Nach einiger Zeit machte sie Neugründungen von einem Lizenzierungsverfahren (Lizenz = Erlaubnis, Zulassung) abhängig. Die jeweiligen Gründungsmitglieder wurden auf ihre politische Vergangenheit hin genauestens "durchleuchtet". Eine Jugendarbeit bzw. die Bildung von Jugendgruppen wurde den Parteien jedoch anfangs in keinem Fall gestattet.
Jugendverbände aus Der Zeit vor 1933	Auch Mitglieder aus den ehemaligen Jugendverbänden versuchten zunächst einen Wiederbeginn. Einige wenige Gruppen konfessionellen Jugend hatten sich sogar, beschränkt auf rein religiöse Zusammenkünfte, über die Nazizeit und Hitlerjugend hinwegretten können. Aber auch diese Gruppen durften anfangs nicht wieder arbeiten
Bildung örtlicher Jugendkomitees	Die Wende hatte ein Erlass des Frankfurter US-Hauptquartiers am 21. September 1945 gebracht. Darin wurde die Bildung örtlicher Jugendkomitees zugelassen: unter dem Vorsitz des (Ober-)Bürgermeisters bzw. des Landrats sollten nach diesem Erlass Komitees gebildet werden, in denen die Vertreter der Besatzungsmacht sowie die "in Bildung begriffenen Jugendorganisationen" Aufnahme finden sollten. Den Komitees war es aufgetragen, eine Arbeitslizenz für zahlreiche Formulare an die Militärregierung weiterzuleiten. Die Genehmigung zur Lizenzausgabe sprach die Besatzungsmacht aus.
Münchener Jugendkomitee	Das Münchener Jugendkomitee konnte nach diesem Verfahren zwischen Oktober 1945 und Mai 1946 an neun Verbände Lizenzen vermitteln: an die Kath. Jugend, die Evang. Jugend, die Falken, die FDJ, den Jugendclub München-Süd, die Pfadfinderjugend, die St.-Georgs-Pfadfinder, den Ortsverband für Jugendwandern und Jugendherbergen sowie an einen Verband für Jugendwandern.
Weitere Jugendkomitees In Bayern	Zu diesem Zeitpunkt bestanden in Bayern – in ähnlicher Zusammensetzung wie in München – 47 weitere Jugendkomitees, die nach der Gründung des Landesjugendausschusses den Namen "Kreisjugendausschuss" führten, und zwar in: Fürstenfeldbruck, Tölz, Dachau, Pfaffenhofen, Ingolstadt, Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Dinkelsbühl, Ebermannstadt, Eichstätt, Erlangen, Feuchtwangen, Fürth, Gunzenhausen, Hersbruck, Hilpoltstein, Höchstädt, Hof, Pegnitz, Rehau, Rothenburg, Kronach, Kulmbach, Lauf, Lichtenfels, Münchberg, Naila, Neustadt/Aisch, Nürnberg, Scheinfeld, Schwabach, Roth, Stadtsteinach, Staffelstein, Uffenheim, Weißenburg und Wunsiedel. Teilweise als Zusammenschluss innerhalb der Städte, teilweise für den Landkreis (Zusatzbezeichnung –Land oder –Stadt). Bei der Gründung des Kreisjugendausschusses Nürnberg tritt zum erstenmal (damals als Vertreter der Kath. Jugend) der Name

des heutigen Arbeitministers Dr. Fritz Pirkl in Erscheinung, der von diesem Zeitpunkt an viele Jahre hindurch in der Jugendarbeit tätig war.

Landesjugendausschuss	Die Gründung des Landesjugendausschusses war im Kultusministerium organisatorisch vorbereitet worden. Salvatorplatz 2 wurde auch die Anschrift der Landesgeschäftsstelle nach der Gründungssitzung. Die Militärregierung hatte die Anweisung gegeben (in den Akten befindet sich darüber noch eine dick unterstrichene handschriftliche Notiz), zu der konstituierenden Versammlung Vertreter möglichst aller politischen Richtungen einzuladen.
Zwischenebenen	Wir kommen damit zu einer wichtigen Feststellung: der Wiederbeginn der Jugendarbeit in Bayern vollzog sich nicht organisch von unten nach oben, sondern von Zwischenebenen aus: Bevor die einzelnen Jugendgruppen zur Arbeitsaufnahme befugt waren, bedurften sie der Lizenz des örtlichen Jugendkomitees. Vor der Grupperangierte also das Stadt- oder Landkreiskomitee. Ohne Komitee konnte eine Gruppe nicht gegründet werden.
Gründungsmitglieder ohne Verbandauftrag	Ganz ähnlich auf der Landesebene: die zur Gründungsversammlung des Landesjugendausschusses Eingeladenen kamen nicht als Beauftragte ihrer Landesverbände, denn solche gab es zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht. Sie waren auf Grund einer früheren Mitgliedschaft in einem Jugendverband oder in einer Partei eingeladen worden – oder als politisch unbelastete Fachleute. Aufgabe des Landesjugendausschusses war es dann später, die Lizenzen von werdenden Landesverbänden zu begutachten und – ähnlich wie auf der Stadt- und Landkreisebene – der Militärregierung zur Prüfung zuzuleiten. Die Lizenzen trugen die Unterschriften eines Beauftragten der Militärregierung und des Präsidenten des Landesjugendausschusses.
Die Konzeption Der Amerikaner	An dieser Stelle muss die Frage erlaubt sein, ob die Besatzungsmacht hier den richtigen Weg gewählt hat. Rückblickend kann man wohl sagen, dass es für die Amerikaner der einzig mögliche Weg war. Zu tief steckte ihnen das Misstrauen gegen den nationalsozialistischen Ungeist und gegen die Gefahren seines möglichen Wiederauflebens in den Gliedern. Sie wollten erreichen, dass neue Leute die Jugend leiteten und führten. Sie waren keineswegs davon überzeugt, dass die Persönlichkeiten aus der Zeit vor 1933 in der Lage sein würden, die jungen Generation mit ihren Vorstellungen von Demokratie vertraut zu machen. Einen Neubeginn sahen sie dann als möglich an, wenn die Gruppen sich nicht in eine Vielzahl zersplittern, sondern von Anfang an in Gremien demokratisch zusammenarbeiten würden. Sie respektierten durchaus das Eigenleben der einzelnen Gruppen, wollten sie jedoch auf einer überschaubaren Basis zur Lösung der vielfältig anstehenden Jugendprobleme zusammenführen.
Demokratische Zusammenarbeit – die Jugendringidee	Das Verdienst der amerikanischen Besatzungsmacht ist es, den Gedanken demokratischer Zusammenarbeit bei der Lösung überverbandlicher Jugendaufgaben verankert zu haben. Dieser Gedanke musste später folgerichtig zur Jugendringidee führen. Vielleicht hat gerade diese von der Militärregierung ausgegangene – nach damaliger Auffassung

zu starke – Forcierung der Jugendkomitees in Bayern dazu geführt, dass hier die Jugendringidee so tiefgreifend wurzeln konnte. Wenn wir die Entwicklung in anderen Bundesländern überblicken, erkennen wir die Lücken der Jugendringe in ihrem Unterbau, die sich auch auf die teilweise bescheidene Wirksamkeit der Jugendring-Spitzen noch heute erstrecken.

Unberechtigte Vorwürfe

Bereits an dieser Stelle muss gesagt werden, dass der Vorwurf gegen die Amerikaner, sie hätten der deutschen Jugendarbeit ihre Ideen "aufgepfropft", unberechtigt ist. Die mit dem erwähnten Erlass eingeleitete Gründung von Jugendkomitees hat sich trotz vieler, vor allem bürokratischer Mängel, doch bis in die Gegenwart hinein als segensreich erwiesen.

Franz Josef Strauß

Blenden wir noch einmal in jene denkwürdige Gründungsversammlung des Landesjugendausschusses im Kultusministerium zurück. Wir begegnen hier in der Öffentlichkeit zum erstem Mal dem Namen Franz Josef Strauß, in der Anwesenheitsliste und späteren Protokollen noch ohne den "Josef" aufgeführt. Von Schongau aus, wo er kurze Zeit als stellv. Landrat amtiert hatte, kam er ins bayerische Kultusministerium. Hier wurde er Jugendreferent, und in dieser Eigenschaft nahm er an der Gründungssitzung teil. Anschließend wählte man ihn neben dem damaligen Regierungsassessor Dr. Heinrich Lades, Prof. Enzensperger, Ludwig Koch, Leonhard Burger und anderen in die erste Vorstandschaft des Landesjugendausschusses, also in ein Gremium, das als Vorläufer des heutigen BJR-Landesvorstands betrachtet werden kann.

Schlussstrich unter die Vergangenheit

Nach freundlichen Begrüßungsworten durch Kultusminister Fendt hielt Franz Josef Strauß ein richtungsweisendes Referat über das Thema "Die junge Generation", das einmal einen Schlussstrich zog unter zwölf Jahre "Jugendkollektivismus" der Hitlerzeit und zum anderen den Standort der jugenderzieherischen Bemühungen für die kommenden Jahre in wahrhaft prophetischer Weise umriss.

Jugend und demokratischer Staatsaufbau

Strauß analysierte die Fehler der Vergangenheit. Aber er riss die Anwesenden temperamentvoll nach vorn zu einem Blick in die Zukunft. Nicht die ältere Generation allein dürfe die Trümmer beseitigen und den neuen Staat zimmern, sagte er, dieser Staat könne nur dann Beständigkeit haben, wenn es gelinge, die Jugend für seinen Aufbau zu gewinnen. Was geschaffen wird, "muss im Einklang stehen mit dem neu sich bildenden Willen der Jugend und muss ihr geistiges und sittliches Eigentum werden". Im Gegensatz zu den Vorstellungen mancher Parteivertreter der ersten Nachkriegsjahre setzte sich Strauß für eine politische Erziehung der jungen Menschen ohne Zugaben von Parteipolitik ein. Es dürfe in den neuen Verbänden auch kein "Führerprinzip" mehr geben, keine nach militärischen Grundsätzen aufgebaute Jugendorganisationen sollten wiedererstehen und keine Gruppen, die rassistische oder religiöse Vorurteile kultivierten.

Staatshilfen für die Jugend

Schließlich steckte Strauß auch die Grenzen zwischen jugendlicher Eigeninitiative und staatlichem Interesse an der Jugenderziehung in einer Form ab, wie wir sie auch heute noch sehen. Der neue Staat müsse für seine Jugend in materieller Hinsicht etwas tun, er sei ihr als seinem künftigen

Träger verpflichtet. Er müsse sich geistig und materiell der Jugend annehmen, aber er dürfe nicht die Jugend durch einen "Allmachtsanspruch" in seinen Dienst zwingen.

Nach diesem Referat berichteten sieben Sprecher verschiedener Verbände über den Stand der Aufbauarbeit. Anschließend begab man sich ins Hotel Bayerischer Hof zu einem markenfreien und für damalige Verhältnisse recht frugalen Mittagessen.

Alois Johannes Lippl
Präsident

Am Nachmittag wurde die Vorstandschaft gewählt. Der Dichter Alois Johannes Lippl wurde zum ersten, der frühere Führer der sozialistischen Arbeiterjugend August Albrecht zum zweiten Präsidenten gewählt. Warum sprach man von einem "Präsidenten" und nicht einfach von einem "Vorsitzenden" des Landesjugendausschusses? Die Erklärung klingt ein wenig simpel: Da alle Dokumente, so auch der Satzungsentwurf, ins Englische übersetzt werden mussten, war in den englischen Texten immer von "president" die Rede. Bei der Rückübersetzung blieb es gleich beim "Präsidenten". Und somit verdankt eben heute der Bayerische Jugendring seinen "Präsidenten" nicht etwa einem überheblichen Funktionsgefühl, sondern lediglich einer Übersetzungsfaulheit.

Unterausschüsse

Mit dieser Wahl war jedoch die Gründungsversammlung keineswegs zu Ende. Nachdem Franz Josef Strauß die geistigen Konturen der Arbeit gezeichnet hatte, blieb Dr. Heinrich Lades der organisatorische Teil vorbehalten. Sein Vorschlag, sechs Unterausschüsse zum Landesjugendausschuss zu bilden, wurde gutgeheißen. Man berief die Mitglieder der folgenden Ausschüsse: Organisationsausschuss, Sozial- und Wirtschaftsausschuss, Informationsausschuss, Kulturausschuss, Sportausschuss, Ausschuss für Jugendwandern und Jugendherbergen.

Gründungsurkunde

Danach traf sich die Versammlung zu einer Teestunde mit musikalischen und literarischen Darbietungen. Der Abend diente mit einem geselligen Beisammensein dem Kennenlernen der Delegierten. Am nächsten Tag kamen die Ausschüsse zusammen. Der Organisationsausschuss bearbeitete die Gründungsurkunde des Landesjugendausschusses, der als Aufgaben des neuen Gremiums u. a. bezeichnete: Die Lebensbedingungen der Jugend zu verbessern / Die Bildung von Jugendverbänden unabhängig von parteipolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen zu gewährleisten / Die Zusammenarbeit der Jugend der verschiedenen Verbände herbeizuführen und ihnen Wege zu Überwindung der Jugendnot aufzuzeigen.

Aufgaben des
Landesjugendausschusses

Um diese Aufgaben durchführen zu können, wurde der Landesjugendausschuss von der Militärregierung und vom Kultusministerium mit folgenden Aufgaben betraut: Vorprüfung von Anträgen zur Erteilung von Lizenzen für die Jugendverbände / Berichterstattung über die Tätigkeit der Jugendverbände / Überwachung und Beratung der Jugendverbände nach den von der Militärregierung aufgestellten Grundsätzen / Beratung von öffentlichen Stellen in allen die Jugend berührenden Fragen / das Vorschlagsrecht für die Verwaltung der vorhandenen Mittel und Hilfsmittel / die Einholung von Berichten und Auskünften über die

Jugendarbeit aus Kreis- und Stadtjugendausschüssen sowie aus Landesjugendverbänden / Die Erteilung von Empfehlungen an die Jugendverbände, um auf ihre Entwicklung einzuwirken / Die Entgegennahme von Anträgen aus den Jugendverbänden.

Dank an die
Militärregierung

Der erste Präsident, Alois Lippl, sprach das Schlusswort. Er dankte insbesondere der Militärregierung für die im Verlauf der Aussprachen zugesagte Hilfe und Mitarbeit im Landesjugendausschuss. Am Samstag, dem 23. Mai 1946 um 17.30 Uhr, war die Gründungsversammlung zu Ende.

Der Landesjugendausschuss in Aktion

Treffen mit
Erziehungsoffizieren

Bereits vier Wochen später, am 21. Juni 1946, traf sich die Vorstandschaft des Landesjugendausschusses in München mit Erziehungs-Offizieren der Besatzungsmacht. Die Militärregierung wollte hören, wie sich nun die neugebildete Jugendvertretung die Lösung der Jugendprobleme praktisch vorstelle und welche Wünsche sie habe.

Erste Arbeitsvorhaben

Präsident Lippl berichtete über die wachsende Jugendkriminalität und die Beschäftigungslosigkeit der Jugend. Er schlug zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ein "Jugendhilfswerk" vor. Insbesondere erbat Lippl die Hilfe der Militärregierung für diese Anliegen: Überlassung von Ausrüstungsgegenständen aus den Beständen der ehemaligen Wehrmacht / Freigabe von Jugendherbergen für Jugendleiterkurse / Zuweisung von Zusatzverpflegung für wiedergeöffnete Jugendherbergen / Einrichtung von Jugendbüchereien und Jugendlesestuben / Erstellung einer Liste zugelassener Jugendbücher / Einrichtung von Jugendfilmstunden / Beschaffung von Musikinstrumenten und Noten / Beschaffung von Laienspieltexten / Freimachung von Übungsplätzen für den Jugendsport / Zusammenarbeit von Sportlehrern der US-Armee mit deutschen Jugendsportgruppen.

Erste Ausgabe der
"Jugendnachrichten"

Was Präsident Lippl den Erziehungsoffizieren vortrug, war nur ein kleiner "Extrakt" aus der Fülle von Überlegungen und Plänen, die damals in den Ausschüssen beraten wurden. Ein lebendiges Spiegelbild für jene Fülle von Anregungen, die damals aus dem Landesjugendausschuss selbst kamen oder ihm von außen zugetragen wurden, bieten die erste Ausgabe der "Jugendnachrichten". Die Zeitschrift war unmittelbar nach der Gründung des Landesauschusses erschienen. Bereits in

Jugendleiterschule

Nr. 3 vom Juli 1946 taucht zum erstenmal der Gedanke auf, eine Jugendleiterschule zu gründen. Der ungenannt bleibende Autor des Beitrags (vermutlich Dr. Graßl) untersucht darin, ob es überhaupt möglich ist, Jugendleiter in eine Art Schule zu schicken und ob in dieser Schule ein Programm entwickelt werden könnte, das den Jugendleitern aus allen Verbänden etwas biete.

Problematik der
Jugendleiterschulung

Der Begriff "Schule" rufe zunächst Reminiszenzen an die "KJ-Schulungslager" in Erinnerung. "Es gibt Dinge, die lehrbar sind", schreibt der Verfasser, "und es gibt Dinge, die nicht lehrbar sind. Lehrbar ist das Technische in Lied und Musik,

Spiel und Sport. Dagegen ist das Erlebnis der Natur ebenso wenig lehrbar wie man Liebe und Freundschaft einüben kann". Eine Jugendleiterschule müsste also "ein Mittelding zwischen einem Lehrgang und einer Tagung sein". Bei dieser Thematik und in solcher Form würden Jugendleiter aller Verbände angesprochen und interessiert. Der Aufsatz schließt, solche Lehrgänge würden voraussichtlich "in einer landschaftlich schön gelegenen Jugendherberge stattfinden und etwa acht bis 14 Tage dauern".

Klärung grundsätzlicher Fragen

Bereits die erste Ausgabe der "jugendnachrichten" hatte Grundsatzfragen erörtert, die uns auch heute noch beschäftigen, und dazu praktische Vorschläge unterbreitet. Man beschäftigte sich darin beispielsweise mit Fragen der staatsbürgerlichen Erziehung ("Jugend und Demokratie"), mit Fragen des Jugendschrifttums, der Sportförderung und der Vermittlung von Allgemeinbildung in der Freizeit. Dazu kamen immer wieder Themen, die sich mit der ungeheuren Jugendnot beschäftigten.

Jugendverbände, Kreisjugendausschüsse, GYA

Jugendverbände gebildet

Der Juni 1946 ist jener Monat, in dem sich die ersten Landesjugendverbände in Bayern konstituierten und feste Formen annehmen. Es würde zu weit führen, die Gründungsgeschichte jedes einzelnen Verbandes hier zu schildern. Wir müssen uns auf den größeren Überblick beschränken.

Erste Jugendtreffen

So konnten denn auch bereits in diesem Monat mehrere größere Jugendtreffen in Bayern stattfinden. Mit welchen Schwierigkeiten sie verbunden waren, lässt sich heute kaum ausmalen. Immerhin waren zu dieser Zeit die meisten Bahnverbindungen noch zerstört. Wichtige Eisenbahn- und Straßenbrücken lagen im Wasser. Die Teilnehmer der Jugendtreffen waren also auf den spärlichen deutschen Lkw-Verkehr angewiesen und auf die Mitnahmebereitschaft von Militärkonvois. Ebenso schwierig waren die Verpflegung und die Unterkunft der Teilnehmer. Gasthäuser oder Jugendherbergen standen nicht zur Verfügung; man schlief beim Bauern im Heu oder bei Mutter Grün.

Erste Jugendbuchausstellung

Ohne die Unterstützung der Amerikaner hätte keines dieser Jugendtreffen stattfinden können, auch nicht die am 3. Juli eröffnete erste internationale Kinder- und Jugendbauchausstellung in München. Auch zu diesem Zeitpunkt war die Militärregierung freilich noch lange nicht davon überzeugt, dass es den neuen Jugendverbänden gelingen würde, die jungen Menschen zur Demokratie so zu erziehen, wie sie es sich vorstellte. Es war naheliegend, dass sich die Besatzungsmacht nicht lange mit der Rolle eines Zuschauers, Beobachters und Kontrolleurs begnügen würde. Junge Erziehungsoffiziere hatten den Ehrgeiz, selbst mit dieser ihnen noch immer nicht ganz geheuren Jugend in Gespräch zu kommen und deren Ansichten nicht nur aus den angeforderten Berichten des Landesjugendausschusses kennen zu lernen.

Jugendarbeit in US-Regie

Allerdings begann diese Jugendarbeit in US-Regie nicht in Bayern, wo seit der Gründung des Landesjugendausschusses die Dinge sich eigentlich zur Zufriedenheit der

Besatzungsmacht entwickelten, sondern in Hessen und Bremen, wo es noch keine Landesjugendausschüsse gab.

Gründung von GYA

Im Juli 1946 wurde denn auch in Hessen eine Organisation gegründet, die sich German Youth Activities (GYA) nannte. Die von Angehörigen der Truppe, nicht von den Jugendoffizieren der Militärregierung geleitete Organisation (die später freilich keine Organisation mehr sein wollte) versprach der Jugend ein "schönes und frohes Gemeinschaftsleben". Der damaligen Besatzungsmacht fiel es nicht schwer, Räume für GYA-Clubs aufzutreiben und von den Bewohnern zu befreien. Hier gab es in der Folgezeit auch etwas zu essen. Die jungen Leute fanden hier Bücher und Schallplatten und eine zwanglose Unterhaltung vor. Was die deutschen Jugendgruppen noch lange nicht bieten konnten, hatte GYA: vom Sportgerät bis zum Lkw-Ausflug wurde hier der Jugend manche gern angenommene Offerte gemacht. Den mit viel Freizeit ausgestatteten Angehörigen der Truppe gefiel es, direkt auf die in Scharen herbeiströmende Jugend einwirken zu können, und sie fanden immer mehr Spaß an der neuen Aufgabe. GYA brachte die Jugend "von der Straße weg", und dies schien fast schon ein Erziehungsideal zu sein in einer Zeit, da Jugendliche zu Tausenden durch die Lande strömten, Schwarzhandel betreiben, Diebstähle ausführten und sogar von bewaffneten Raubüberfällen auf einsame Bauernhöfe nicht zurückschreckten.

Ungleiche Konkurrenz

Der Bayerische Landesjugendausschuss erkannte schon bald die Gefahren, die durch die Aktivitäten der Amerikaner seinen angeschlossenen Jugendgruppen drohte. Er versuchte, den erzieherischen Betätigungsdrang der jungen Offiziere von der ausschließlichen GYA-Arbeit auch auf seine eigenen Verbände zu lenken. Der Landesjugendausschuss führte bei den Kreisjugendausschüssen eine Befragung mit dem Ziel durch, über bereits zwischen Erziehungsoffizieren und Jugendgruppen bestehende Kontakte Aufschluss zu erhalten. Er forderte die Kreisjugendausschüsse auf, "durch Aussprachen und Vorträge in den kommenden Wintermonaten einen engeren Kontakt zwischen Angehörigen der Besatzungsmacht und unseren Jugendgruppen herzustellen". Zu diesem Zeitpunkt konnte der Landesjugendausschuss auch den Gruppen erste materielle Hilfen bieten: zur Verteilung an die lizenzierten Jugendgruppen hatten ihm die Amerikaner eine große Zahl von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Sportgeräten der ehemaligen Wehrmacht überlassen.

112 Kreisjugendausschüsse

Im August 1946 bestanden 112 Kreisjugendausschüsse mit 294 lizenzierten Jugendgruppen und 74 000 Mitgliedern in Bayern. Diese Zahl stammt aus einem der vom Landesjugendausschuss der Militärregierung wöchentlich vorzulegenden Bericht. Über die durch GYA erfassten Jugendlichen wurden allerdings keine Statistiken geführt.

Erster Auslandsbesuch

Den ersten nicht mit der Besatzungsmacht zusammenhängenden internationalen Besuch erhielt der Landesjugendausschuss am 2. August 1946. Mr. Monroe Smith, der Präsident des amerikanischen Jugendherbergswerks, traf in Begleitung von Richard Schirrmann, dem Gründer des deutschen Jugendherbergswerks sowie der Leiterin einer amerikanischen Jugendorganisation in München ein. Am 4.

Herbergersverband gegründet	<p>Oktober konnte der Landesverband für Jugendwandern und Jugendherbergen seine Gründungsversammlung durchführen.</p> <p>Ebenfalls im Oktober zeichnete sich die Notwendigkeit ab, Verbindungsglieder zwischen dem Landesjugendausschuss und einem ständig sich vermehrenden Kreis- bzw. Stadtjugendausschüssen zu schaffen. Mit Datum vom 01.10.1946 wurden sogenannte "Bezirksjugendleiter" vom Landesjugendausschuss eingesetzt. Ihre Aufgabe war es vor allem, den Ausschüssen in Städten und Kreisen beratend zur Seite zu stehen. Nicht so sehr sachliche Aufgaben, die auf einer Bezirksebene hätten bearbeitet werden können, waren der Anlass zu diesem Schritt, sondern einfach geographische Hindernisse. Briefe benötigten oft noch viele Tage von draußen nach München, Telefongespräche begegneten ebenfalls uns heute unbekanntem Schwierigkeiten. Im übrigen stöhnten die Mitarbeiter des Landesjugendausschusses bereits über die täglich sich vermehrende Arbeit. Der Zwang, ständig in vielfacher Ausfertigung Statistiken und Berichte an die Militärregierung zu liefern und dem dort fortlaufend wechselnden Personal Vortrag zu halten, kostete die Mitarbeiter viel Zeit und verursachte einen kaum vorstellbaren Leerlauf.</p>
Bezirksjugendleiter eingesetzt	
Berichte und Statistiken	
Gespräch mit Parteien und Presse	<p>Man beherrschte im Landesjugendausschuss allmählich die Spielregeln der Besatzungs-Bürokratie, aber man entfernte sich in der Veraltung im gleichen Maße auch von der Jugend. Man konferierte mit den von der Aktivität des Landesjugendausschusses etwas aufgeschreckten Parteien (7. Oktober), und man begann, über die Presse den Kontakt zur Öffentlichkeit zu suchen (Erste Pressekonferenz des Landesjugendausschusses am 19. Oktober). Aber man hatte doch zuweilen das Gefühl, trotz aller Statistiken und Berichte, die tagtäglich in die Geschäftsstelle regneten, über die Vorstellungen der jungen Menschen draußen nur unzureichend informiert zu sein. Das Vorhandensein von Zelt-Wander- und Sportausrüstungen ermöglichte ein Preisausschreiben, das sich an Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren richtete (Ausschreibung im November 1946). Anregungen aus der Jugend und Erfahrungsberichte aus der Jugendarbeit sollten zu folgenden Themen eingesandt werden: "Wie stehe ich zur älteren Generation"? / "Jugend und Besatzungsmacht" / "Wie kommt meine Jugendgruppe zu einem eigenen Heim"? / "Welche Erfahrungen mussten wir bei unserer letzten Fahrt machen"?</p>
Erfahrungsberichte über bisherige Jugendarbeit	

Heime, Herbergen, Jugendnot

Neue Inhalte der Jugendarbeit	<p>Unsicher über die Interessen dieser Jugend in der spärlichen Freizeit, die der Kampf ums nackte Dasein ließ, war aber auch die Öffentlichkeit ganz allgemein. Dies wurde deutlich auf der zweiten Pressekonferenz, die der Landesjugendausschuss am 15. November 1946 veranstaltete. Der österreichische Journalist Wilhelm Maschner, der noch heute in München als Korrespondent tätig ist, war der eifrigste Fragesteller in dieser Zusammenkunft. Er meinte, mit Wandern, Singen und Volkstanz könne man das Vertrauen der Jugend nicht gewinnen, könne man sie nicht begeistern. Die Jugendverbände sollten ihren Mitgliedern das bieten, was sie gerne haben wollen. Sie sollten ihnen eine Antwort auf das Verhalten der älteren Generation in den zurückliegenden zwölf Jahren geben. Die Jugendvertreter antworteten: die</p>
-------------------------------	--

Erste Jugendleiterkurse	<p>neuen Freizeitwochen und Jugendleiterlehrgänge versuchten durchaus nicht, Formen bündischer Jugendarbeit wiedererstehen zu lassen und genau dort weiterzumachen, wo man 1933 oder noch früher aufgehört habe. Sie berichteten über den Verlauf der ersten Jugendleiterlehrgänge auf dem Berghaus Kührint bei Berchtesgaden, das dem Landesjugendausschuss zur Verwaltung übergeben worden war, und sie schilderten den Ablauf von Jugendleitertreffen auf der Jugendburg Feuerstein und in Seeshaupt.</p>
Fragen in der Öffentlichkeit	<p>Wenn man die 20 zurückliegenden Jahre überblickt, kann man wohl sagen: solche Fragen wie die von Wilhelm Maschner wurden später auf Pressekonferenzen noch oft gestellt. Und sie tauchen sogar heute trotz einer laufenden und umfassenden Information der Öffentlichkeit durch den Bayerischen Jugendring zuweilen wieder auf. Es ist schwierig, die inhaltlichen Veränderungen der Jugendarbeit der Öffentlichkeit nahe zu bringen. Und es ist immer wieder erstaunlich, wie (scheinbar!) gut diese Öffentlichkeit über den Inhalt der Jugendarbeit in der Vergangenheit unterrichtet ist und wie wenig sie von dem weiß, was heute in Gruppen, Ringen und Verbänden geschieht.</p>
Arbeitstagungen der Kreisausschussvertreter	<p>Der Landesjugendausschuss stand 1946 im ersten Aufbaujahr. Seine organisatorische Festigung machte von Tag zu Tag Fortschritte. Am 9. Und 10. November trafen sich Vertreter der Kreisjugendausschüsse aus den Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben in Seeshaupt im "Standhotel" zu einer ersten Arbeitstagung. Am 23. Und 24. November versammelten sich auf Burg Feuerstein erstmals Vertreter der drei fränkischen Regierungsbezirke. Die Hauptsorge der Jugendvertreter: Geld! Geld, das in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt immer weniger wert war, denn es galt als einzige "harte" Währung die "Zigarettenwährung".</p>
Viele Wünsche	<p>Die Kreisausschüsse erkannten, dass sich hauptamtliche Kräfte der Jugendarbeit annehmen müssen, um wirklich Fortschritte zu erzielen. Sie wünschten sich Geschäftsräume, in denen Sportgeräte aufbewahrt, Jugendbücher gesammelt und Jugendliche beraten werden konnten. Ohne Geld aber bekam man weder einen hauptamtlichen Jugendbetreuer noch einen Geschäftsraum. Auch in dieser Beziehung hatte es GYA leichter: die Jugend- und Erziehungsbeamten konnten sich ganztagig ihrer Aufgabe widmen, und ihre Diensträume befanden sich in den örtlichen Truppenunterkünften.</p>
Jugendräume fehlen	<p>Die dritte Sorge der Kreisjugendausschüsse aber galt den Jugendräumen. Noch immer strömten aus dem Osten die Flüchtlinge heran. Kaum ein Gasthaus, das noch über einen freien Raum verfügte. Kaum eine Schule, die noch ein Eckchen für die Jugendgruppe freigegeben hätte.</p>
Freimachung von Heimen und Herbergen	<p>Die Militärregierung indessen unterstützte den Landjugendausschuss – im Gegensatz zu mancher deutschen Dienststelle, die andere Aufgaben für wichtiger hielt – intensiv in seinem Bemühen, der Jugend wieder Heime und Herbergen zu geben. Mr. Thomson, der Jugendbeauftragte der Militärregierung und ständige Gesprächspartner des Landesjugendausschusses, beklagte sich bitter darüber, dass die deutschen Behörden die Jugendarbeit offensichtlich als "nebensächlich" ansähen. Räume, die von der Besatzungsmacht für die Jugend freigegeben worden waren,</p>

Kampf mit deutschen Behörden	wurden entweder auf Veranlassung deutscher Stellen nicht geräumt oder nach der Räumung wieder anderweitig belegt. Die Presse berichtete ausführlich über die Kontroverse zwischen Prof. Enzensperger und dem Leiter des Flüchtlingsamtes in Bad Tölz, der die freigegebene Jugendherberge Urfeld am Walchensee partout in ein Altersheim mit der Begründung verwandeln wollte, Jugendarbeit sei heute "mehr oder weniger unzeitgemäß".
Zwischenbilanz	Ende 1946 standen der Jugend in Bayern immerhin wieder zur Verfügung: 21 Jugendherbergen, 36 Jugendheime, 70 Sportplätze. Zu dieser Zeit existierten 160 Kreisjugendausschüsse mit 534 Jugendgruppen, die zusammen 105 700 Mitglieder zählten. Einen anerkanntswerten Beschluss fasste zu dieser Zeit der Touristenverein "Die Naturfreunde": 17 Ferienheime und Hochgebirgshütten, die wieder in seinen Besitz übergegangen waren, stellte er den wandernden Jugendgruppen aller Jugendverbände in Bayern zur Verfügung.
Öffentlichkeitsarbeit	Die Öffentlichkeitsarbeit des Landesjugendausschusses machte ebenfalls gute Fortschritte. Jeden Monat fanden Pressekonferenzen statt. Ab November verfügte der Informationsausschuss des LJA über Papierzuteilungen, so dass die "jugendnachrichten" gedruckt werden konnten. Mitte Oktober 1946 hatte Radio München ("a station of the military government") mit kurzen Jugendsendungen begonnen. Ab Anfang 1947 konnte der Informationsausschuss eine Zeit lang jede Woche eine viertelstündige Jugendfunksendung zusammenstellen.
Krank, Krüppel, Arbeitslos	Das erste Nachkriegs-Weihnachten stand zugleich im Zeichen der Hoffnungslosigkeit und der Hoffnung: hier die sich ständig verschlechternden äußeren Lebensbedingungen, dort aber das vielzitierte "neu aufblühende Leben in den Ruinen".
Streuner und Kriminelle	Rund 45 000 junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren erlebten das Weihnachtsfest 1946/47 ohne Beschäftigung, ohne Lehrstelle, ohne Aussicht, in einem Beruf Fuß fassen zu können. 2300 Jugendliche krank, Krüppel oder wegen Unterernährung nicht arbeitsfähig. Dazu eine unbekannte Zahl von Streunern, von Jugendlichen, die ihre verlorenen Eltern suchten. 700 Streuner wurden, wie die Zeitungen berichten, in dem "Wanderhof Herzogsägmühle" bei Schongau "einer nützlichen Arbeit zugeführt". Der Landesjugendausschuss muss an Behörden und private Gönner appellieren, ihm Büromöbel und Gegenstände zu überlassen: "Die Fülle der Arbeit, die sich im immer steigenden Maße für die Jugend ergibt, lässt sich nun nicht einmal ohne Tische und Stühle durchführen".
Laienspiele zu Weihnachten	Manche Jugendgruppen üben Weihnachtsspiele ein. Seit kurzem sind beim Heinrich-Buchner-Verlag wieder Texte zu haben, die Militärregierung hat dem Verlag eine Laienspiel-Lizenz gegeben. Die Textbücher werden in mühseliger Arbeit geschrieben, manchmal auch auf Packpapier und zusammengestückelte Zeitungsränder. Es fehlt an Bastelmaterial, aber viele Gruppen entwickeln unglaubliche Phantasie, trotz mangelnder Mittel doch nette Kleinigkeiten für den Gabentisch entstehen zu lassen. In den "jugendnachrichten" heißt es: "Aber noch nicht einmal die Lichtlein für den Christbaum sind zu bekommen".

1947

Gründung des Bayerischen Jugendrings

Treffen auf dem Hohen Meißner	Das wichtigste Ereignis des Jahres 1947 wird die Gründung eines "Gesamtverbandes der bayerischen Jugend", das "Bayerischen Jugendrings". Am 24. Oktober 1946 hatten auf dem Hohen Meißner eine Zusammenkunft von Persönlichkeiten stattgefunden, die ehemals in der Jugendarbeit führend waren. Neben den Vertretern der alten bündischen Jugend und des Wandervogels waren auch ehemalige Mitglieder jener Verbände erschienen, die sich im "Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände" von 1933 zusammengeschlossen hatten.
Schussstrich unter die Jugendbewegung	Die Jugendtagung auf dem Hohen Meißner aber zog einen Schussstrich unter die deutsch-tümelnde Romantik von Wandervogel und bündischer Jugend; sie stand bereits im Zeichen der ersten Ansatzpunkte zu einem europäischen Wollen. Man sah im Aufbau des demokratischen Staates eine gemeinsame Aufgabe, die nur durch Zusammenarbeit aller Jugendverbände zu lösen sei. Die Tagung endete mit einem Aufruf an die Jugend in Stadt und Land, überall in Deutschland sich einen Jugendring zum gemeinsamen Wirken im demokratischen Geist zusammenzufinden.
Jugendringe	Vertreter des Bayerischen Landesjugendausschusses traten auf dem Meißnertreffen nachdrücklich für einen gesamtdeutschen Zusammenschluss der zu bildenden Jugendringe ein. Sie trugen, wie einer der Teilnehmer der Tagung, Dr. Lades, später vor dem Hauptausschuss berichten konnte, "wesentlich zur Klärung der Auffassung bei".
BLJA – nur ein Verwaltungsapparat	Vom Hohen Meißner brachten die Vertreter des Landes-ausschusses den Begriff und die Idee des "Jugendrings" mit. Mr. Thomson regte am 13. Dezember 1946 die Neugestaltung des Landesjugendausschusses an. Bis dahin hatte der Ausschuss praktisch nur aus dem Präsidenten und neun Referenten mit fünf weiteren zugeordneten Jugendleitern bestanden. Landesverbände waren noch nicht lizenziert und hatten damit im Landesjugendausschuss keine direkte Möglichkeit einer Mitarbeit.
Wer ist wem verantwortlich?	Mr. Thomson meinte: der Landesjugendausschuss solle keine "Behörde, kein Apparat und keine Maschine sein", die nur die Absichten der Militärregierung ausführt. Der Präsident sei letztlich nur der Militärregierung gegenüber für die Arbeit des BLJA verantwortlich, aber sonst niemand. Die Militärregierung wolle nunmehr in Übereinstimmung mit dem Kultusministerium den Verbänden die Möglichkeit der Mitarbeit einräumen. Nur auf einer derart erweiterten Basis werde es auch möglich sein, noch eine andere Absicht zu verwirklichen: Den Gedanken der Jugendgruppenarbeit auch in den Schulen zu verankern.
"german-board"-Hauptausschuss	Mr. Thomson schlug vor, ein "german board" zu bilden, also einen Ausschuss, in dem die Vertreter der Behörden, der Jugendorganisationen, der Schulen und "unabhängige Repräsentanten", deren Berufung sich die Militärregierung vorbehalten wollte, zusammenarbeiten. Dieser Ausschuss

(der spätere "Hauptausschuss") solle den Präsidenten wählen, der Präsident wiederum habe die hauptamtlichen Referenten einzusetzen. Bei dieser Gelegenheit kündigte Thomson an, die Militärregierung werde nun bald einige Landeslizenzen an Jugendverbände erteilen. Im übrigen meinte er, die Arbeit der Kreisjugendausschüsse solle durch den neuen Ausschuss nicht abgewertet werden, sondern in der bisherigen Form weiterlaufen.

Arbeit an der Satzung

Damit war dem Landesjugendausschuss die Aufgabe gestellt, eine Satzung für das neue Gremium und damit für die spätere Konstruktion "Bayerischer Jugendring" auszuarbeiten. Die Satzung solle, wie Thomson sagte, "ganz ohne Einfluss der Militärregierung" zustande kommen. Selbstverständlich blieb das Einspruchsrecht der Besatzungsmacht davon unberührt.

Heinz Beck im LJA

Im Januar 1947 kam man erneut zusammen. An der Satzung wurde laufend gearbeitet. Mr. Thomson wurde durch Mr. Fritz als Vertreter der Militärregierung abgelöst. Heinz Beck, bis dahin im Kultusministerium als Referent tätig, trat als Mitarbeiter des Präsidenten in den Landesjugendausschuss ein.

Vom 21. Bis 23. Februar traf sich der von Mr. Thomson vorgeschlagene Ausschuss – noch in "kleiner Besetzung" – auf dem Berghaus Sudelfeld. Im Mittelpunkt dieser ersten Hauptausschusstagung des Bayerischen Jugendrings stand die erste Lesung der Satzung.

Körperschaft

Dr. Heinrich Lades schlug vor, den künftigen Bayerischen Jugendring als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu konstituieren. Nur über den Paragraphen 3 der Satzung, der den Statuten als Präambel vorangestellt werden sollte, entspann sich eine lebhafte Diskussion. Es hieß darin u. a., die Mitglieder der dem Bayerischen Jugendring angeschlossenen Verbände, der Schulen und Gruppen würden "nie zu den Waffen greifen oder sich zum Waffendienst zwingen lassen".

Diskussion
um Waffendienst

In der Aussprache gab Dr. Graßl zu bedenken, die Satzung fordere hier eine rechtliche Grundlage. Nur der Bayerische Landtag könne eine solche Bestimmung in die Verfassung aufnehmen. Demgegenüber meine Dr. Lades, der Verfassungsentwurf sei von Männern ausgearbeitet worden, die sowieso nie mehr zum Waffendienst herangezogen werden würden, es sei also ein gutes Recht der Jugend, hier Forderungen zu stellen. Interessant scheint jedoch in dieser Diskussion, dass sich die Vertreter der FDJ, Keim und von Caprivi, am stärksten gegen eine so weit gefasste Formulierung aussprachen; sie argumentierten, in einem Verteidigungskrieg müsse der Waffengebrauch erlaubt sein. Schließlich einigte man sich darauf, in den Verbänden intern eine Meinungsbildung zu der strittigen Frage herbeizuführen und bei der zweiten Lesung erneut darüber zu sprechen.

Ring um gemeinsame
Beschlüsse

Ein wichtiger Gedanke, der für die gesamte spätere Arbeit im Bayerischen Jugendring bestimmend sein sollte, wurde ebenfalls bereits auf dieser Tagung im Februar 1947 ausgesprochen: Die Anwesenden waren sich darüber einig, dass im Hauptausschuss möglichst wenig Abstimmungen stattfinden sollten. Eine Einigung könne fast immer, so war es die Überzeugung der Anwesenden, "aus dem Wissen um die

gemeinsame Aufgabe" zustande kommen. Und falls Abstimmungen unumgänglich seien, so sollten Meinungsbildungen wenigsten von einer Zweidrittelmehrheit getragen sein.

Gründungs-Tagung

Zwei Monate später brachte die Hauptausschusstagung vom 18. Bis 20. April zwei wichtige Ereignisse in der Geschichte des Bayerischen Jugendrings: die Annahme der Unterzeichnung der Statuten sowie die Überreichung der Lizenzurkunden an acht Landesverbände durch Mr. Fritz.

Das Personal der Geschäftsstelle, die mit der Jahreswende 1946/47 die provisorische Unterkunft im Kultusministerium verlassen und in die Possartstraße umgezogen war, reiste zusammen mit den Mitgliedern des Hauptausschusses in zwei Omnibussen zum Berghaus Sudelfeld. Zum erstmaligen nahmen an dieser Zusammenkunft auch Schulvertreter teil

Problem Jugendparlamente

Die zweite Lesung der Satzung behandelte als neu aufgetauchtes Problem die Frage, inwieweit die inzwischen entstandenen Jugendparlamente in den Bayerischen Jugendring eingebaut werden könnten. Schon im Dezember 1946 hatte sich an der Wirtschaftsoberrealschule München ein Schülerparlament konstituiert. Anschließend wurden in der Landeshauptstadt zwei weitere Jugendparlamente, die "Junge Stadt" sowie eine "Arbeitsgemeinschaft der jungen Parteimitglieder" gegründet. Zusammen mit Jugendparlamenten, die in anderen Städten entstanden waren, strebten die hier mitarbeitenden jungen Leute die Bildung eines "Landesparlaments der Jugend" an.

Natürlich hatten sich zwischen den Absichten des Landesjugendausschusses, im Hauptausschuss ein für die gesamte Jugend verantwortliches und sorgendes Gremium zum bilden, und den Jugendparlamenten Spannungen ergeben. Dr. Lades, der zunächst die Sudelfeldtagung leitete, unterbreitete einen sehr glücklichen Vorschlag: die Jugendparlamente örtlich an die Kreisjugendausschüsse zu binden (und damit von der Mitarbeit im Hauptausschuss praktisch auszuschalten!) Angesichts der Kurzlebigkeit der Jugendparlamente, die sich aus dem Mangel an echten Aufgaben erklären lässt, war damit das Problem ein für allemal erledigt. Späteren Jugendparlamenten war immer nur eine kurze Lebensdauer beschieden; ihr Publicity stand stets im umgekehrten Verhältnis zu ihrer praktischen Wirksamkeit. Sie waren immer nur Diskussionsforen, aber nicht handelnde und beschließende Gremien.

Behördenvertreter im HA

Der wichtigste Punkt dieser Aussprache war jedoch die Frage, welche Rolle die Behördenvertreter im Hauptausschuss spielen. Bei der Gründung des Landesjugendausschusses war man davon ausgegangen, dass alle Eingeladenen uneingeschränkt verantwortlich seien, Verbandsvertreter könnten gegenüber ihrem Verband Verantwortung übernehmen, nicht aber Behördenvertreter gegenüber einer "anonymen" Behörde. Schließlich wurde den Vertretern der Ministerien trotz mancher Bedenken das Stimmrecht zuerkannt.

Satzung angenommen

Nach Abschluss der zweiten Lesung der Satzung galt diese als angenommen. Am nächsten Tag unterzeichneten sie die Verbandsvertreter.

Überreichung der Lizenzen	Im Anschluss an die Satzungsdebatte begaben sich die Teilnehmer der ersten Hauptausschusstagung in s Freie, wo herrliches Frühlingwetter herrschte. Die Verleihung der Landeslizenzen nahm Mr. Fritz vor der Kulisse der umrahmenden Bergwelt in feierlicher Form vor. Heinz Beck erinnerte daran, dass zu diesem Zeitpunkt fast eine halbe Million Jugendlicher wieder in Verbänden erfasst sein. Mr. Fritz erklärte, er habe die Statuten des Bayerischen Jugendrings durchgesehen und durch seine Unterschrift gutgeheißen. Die Militärregierung könne sagen, dass sie mit den bayerischen Jugendverbänden gut zusammenarbeite.
Lizenzierte Landesverbände	Lizenzen erhielten sodann die Falken (Weinberger), die Gewerkschaftsjugend (Reuter), die Naturfreunde (Steinberger), der Bund der katholischen Jugend (Dr. Rössler), die Kolpingjugend (Friesinger), die Evangelische Jugend (Helbich), die Pfadfinderschaft St. Georg (Fischer) sowie der Bund Deutscher Pfadfinder (Tröschel). Zum Abschluss kündigte Oberregierungsrat Franz Josef Strauß an, das Kultusministerium stelle den acht Landesverbänden ein "Geburtstagsgeschenk" von je 3000 RM als Starkhilfe zur Verfügung.
Lippl und Beck	Die nachfolgende Präsidentenwahl leitete Strauß. Im zweiten Wahlgang wurde Alois Johannes Lipps mit 25 gegen 7 Stimmen erneut zum Präsidenten gewählt. Im ersten Wahlgang wurde Heinz Beck mit dem gleichen Stimmverhältnis als zweiter Präsident berufen. Einstimmig wurde anschließend Landespräsident Roman Friesinger zum Vorsitzenden für den weiteren Verlauf der Hauptausschusstagung bestimmt.

Schule, Schülervetreter, Nichtorganisierte

Schulreformpläne	<p>Von den auf der Gründungstagung des BJR behandelten weiteren Themen sei an dieser Stelle nur mehr eines herausgegriffen: Die Schulreform. Späteres vorwegnehmend kann man sagen, dass sich der Bayerische Jugendring in jenem ersten Abschnitt seiner Entwicklung viel mehr mit Schulproblemen befasst hat als in den folgenden drei Abschnitten seiner 20-jährigen Geschichte zusammengenommen.</p> <p>Es ist indessen nicht möglich, aus den Äußerungen der April-Hauptausschusstagung von 1947 und aus späteren Diskussionen eine einheitliche Linie oder übereinstimmende Vorstellungen des Bayerischen Jugendrings zur Schulreform herauszudestillieren. Das Bemerkenswerte all dieser Äußerungen ist, dass sich der Jugendring überhaupt sehr stark mit den Überlegungen zu Schulreform befasst hat.</p>
BJR-Kritik am Schulsystem	Ferner lässt sich sagen, dass die entwickelten Vorstellungen durchweg auf sehr radikale Veränderungen im Schulsystem abzielten. Veränderungen, die im Allgemeinen mehr mit den Vorstellungen der Besatzungsmacht als mit dem bayerischen Kultusministerium übereinstimmten. Mehr als die Aufzählung von Einzelheiten erhellen wenige Sätze aus einem Referat dieser Hauptausschusstagung wie manche damals die Schule im Bayerischen Jugendring beurteilten: "Das Schulsystem, das in Deutschland allgemein herrscht, ist eine Mischung der Traditionen von Klosterschulen und Kadettenanstalten. In

beiden Systemen herrschten das absolute Untertanenideal, Unterordnung und Pflichtauffassung. Die Schulen waren und sind heute noch im wesentlichen Untertanen-Plantagen, geeignet für Regierungsformen, wie wir sie in Deutschland nur allzu gut kennen gelernt haben. Es wurden mit relativ geringen Ausnahmen Sklaven und im besten Fall Sklavenhalter gezüchtet. . .”

Mitarbeit von Schüler-
vertretern

Wenn auch die auf dieser Hauptausschusstagung entwickelten Vorschläge zur Schulreform wie auch zahlreiche spätere Anregungen kaum Berücksichtigung fanden, so hat der Bayerische Jugendring in der Schule doch etwas anderes erreicht: die Bestimmung seiner Satzung, wonach nicht nur im Hauptausschuss, sondern auch in den Kreisjugendringen Schülervertreter die Möglichkeit der Mitarbeit erhalten sollten, bildete von Organisatorischen her gesehen den Anlass zur Wahl von Schülervertretern in den Schulen. Der Gedanke des Schülerparlaments und der Sprecherwahl kam nicht vom Bayerischen Jugendring. Den gewählten Schülervertretern wurde jedoch durch den Bayerischen Jugendring eine Ebene der Mitarbeit außerhalb der Schule verschafft. Die Arbeit der Schülervertreter erhielt damit durch den Bayerischen Jugendring zu einem – im Vergleich mit dem übrigen Deutschland – sehr frühen Zeitpunkt eine nicht zu unterschätzende Aufwertung.

Wahlen in den Schulen

Nach der Hauptausschusstagung vom April 1947 führte der Bayerische Jugendring Gespräche mit dem damaligen Kultusminister Dr. Alois Hundhammer über den Wahlmodus für Schülervertreter. Allerdings wurde dafür noch keine ideale Form gefunden. Das Kultusministerium ordnete die Wahl von Schülervertretern für die Kreisjugendringe an; die Oberkassen der höheren Lehranstalten hielten Versammlungen ab, in denen die Vertreter gewählt wurden. Sie gingen nicht wie heute aus einem demokratischen Unterbau, nämlich aus der Vollversammlung der Klassensprecher, hervor.

Schule unterstützt
Jugendarbeit

Erfreulich für die Jugendarbeit war noch ein anderer Akt des Kultusministeriums: in einer EntschlieÙung an die Direkorate der höheren Lehranstalten und an die Leitungen der Berufs- und Volksschulen wurde auf die Tätigkeit der lizenzierten Jugendgruppen und –verbände hingewiesen. Ihre Arbeit wurde als "besonders wichtiger Erziehungsfaktor" gewürdigt. Wörtlich: "Der kameradschaftliche Zusammenhalt und die gegenseitige Erziehung erscheinen als eines der besten Mittel, der heute so überaus gefährdeten Jugend wieder Halt und Vertrauen zu sich selbst zu geben. Die eingerichteten Jugendausschüsse bieten die Gewähr dafür, dass die Arbeit der Jugendorganisationen mit den Zielen der übrigen Erziehungseinrichtungen Hand in Hand geht. Die Direkorate und Schulleitungen werden daher angewiesen, die Schüler regelmäßig in geeigneter Form zum beitriff in die lizenzierten Jugendorganisationen aufzufordern. Die Schulen werden ferner angewiesen, die "jugendnachrichten" in mindestens zwei Stücken zu beziehen. Diese Stücke sind an geeigneter Stelle möglichst in der Nähe des Schwarzen Brettes anzuschlagen".

Wenn man diese Sätze liest, dann wird man unwillkürlich an die 17 Jahre später ergangene EntschlieÙung des Kultusministeriums (1. Juni 1964) über die Würdigung der außerschulischen Jugendarbeit erinnert (siehe Seite 161).

Wäre das, was in dieser Bekanntmachung vom April 1947 stand, in die Tat umgesetzt worden, dann hätte es vielleicht dieser späteren Würdigung und Anerkennung kaum mehr bedurft. So steht die damalige Bekanntmachung eben nur als typischer Markstein in der Geschichte des BJR, aus dem wir freilich rückblickend erkennen können, wie nach sich damals Schule und freie Jugendarbeit gekommen waren.

Mitverantwortung für die Nichtorganisierten

Sowohl der Landesjugendausschuss als auch der Bayerische Jugendring fühlten sich von Anfang an nicht nur für die organisierte Jugend in Bayern, sondern für die gesamte Jugend verantwortlich. Dies geht schon aus der Zusammensetzung der sie tragenden Gremien hervor, aber auch aus den Absichten der Besatzungsmacht. Ein weiterer Beweis ist die von der Sorge um die gesamte Jugend bestimmte Arbeit des leitenden Gremiums der Jugendarbeit in Bayern. Schließlich zeigt auch eine Durchsicht der zahlreichen Stellungnahmen und Entschließungen, dass bis auf wenige Ausnahmen (z. B. Fahrpreisermäßigungen für Jugendleiterlehrgänge oder Haushaltswünsche) stets Fragen angesprochen wurden, die die gesamte Jugend betrafen.

Erste Zeltlageraktion

Die erste große Aktion, die der neue gegründete Bayerische Jugendring durchführte, war eine Aktion für die gesamte Jugend. Im März 1947 hatte die Militärregierung dem Landesjugendausschuss 1000 Tonnen Zeltmaterial mit der Auflage zur Verfügung gestellt, in ganz Bayern während des Sommers Zelterholungslager vorzubereiten. Ein Referent des LJA suchte die Kreisjugendausschüsse von Nürnberg, Würzburg, Bamberg, Amberg, Regensburg, Augsburg und Kaufbeuren auf, um die Aktion zu besprechen und von diesen Orten aus die Lager zu organisieren. Zum erstenmal ließ sich in diesen Kreisjugendausschüssen anlässlich der Zeltlageraktion ein Referent aus München sehen, und der Beauftragte bekam in den Versammlungen der Ausschussmitglieder mehr über Kritik am LJA, als über die Zeltlageraktion zu hören. Immerhin bildete dieses Vorhaben den Anfang einer ganzen Reihe späterer Jugendring-Aktionen im Lande. Ihr guter Verlauf hat zweifellos viel dazu beigetragen, den in solchen Aktionen auf die Probe gestellten organisatorischen Zusammenhalt des Bayerischen Jugendrings zu festigen.

Zusatzverpflegung

Die amerikanischen Jugendoffiziere begannen mit Lebensmittelsammlungen, um den Jugendlichen in den Ferienlagern eine Zusatzverpflegung zu sichern. Trotz der damals katastrophalen Ernährungslage stellte auch der damalige Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner so viele Lebensmittel bereit, dass die Lagerteilnehmer 350 Kalorien am Tag zusätzlich erhalten konnten und damit die damals unwahrscheinliche Kalorienzahl von 2500 bis 3000 erreichten. Die 350 Zusatzkalorien setzten sich zusammen aus 10 g Fett, 75 g Fleisch und 50 Nährmitteln. Die Gewichtszunahme der Lagerteilnehmer lag denn auch bei durchschnittlich zwei Kilo in 14 Tagen.

Gewichtszunahme - pädagogische Betreuung

Insgesamt bestanden im Juli/August 1947 350 feste Zeltlager und 150 "Wanderlager". 85 000 Jugendliche erlebten nach den Kriegsjahren zum erstenmal wieder frohe Ferien. Nicht die pädagogische Betreuung, sondern allein die Gewichtszunahme und die Befreiung aus der tristen Alltagsumgebung waren die Ziele der ersten Zeltlageraktion.

	<p>Das einzige Unerfreuliche der Aktion war die Tatsache, dass beim Abbruch der Lager unwahrscheinlich viel gestohlen wurde: Tauschende von Decken, Schlafsäcken und Zelten verschwanden.</p>
Konkrete Aufgabe für die Kreisjugendringe	<p>Die Zeltlageraktion wirkte sich auch auf die Arbeit zahlreicher Kreisjugendausschüsse belebend aus. Man hatte hier zum erstenmal eine Aufgabe von umfassender Bedeutung gestellt bekommen. Die örtliche Öffentlichkeit, vor allem auch die bisher gegenüber der Jugendarbeit teilweise noch sehr zurückhaltenden Behörden, konnten erkennen, dass die Kreisjugendringe nicht nur bestanden, um "Betrieb zu machen", sondern dass ihnen allmählich wichtige Jugendaufgaben zuwuchsen.</p>
Zuschüsse für KJR-Arbeit	<p>Die Stadt und Kreisräte honorierten die Ernsthaftigkeit der durch die Kreisjugendringe geleisteten Tätigkeit nunmehr mit beträchtlichen Zuschüssen. Sie stellten auch Räume zur Verfügung und nahmen sich überhaupt der Jugend nun mit viel Verständnis an. Die bisherigen Benotungen der Kreisjugendausschüsse mit "gut arbeitend" oder "geringe Tätigkeit" in den Berichten an die Militärregierung konnten im Zeichen solch umfassender Aktivitäten aufgegeben werden.</p>
Jüngere Kräfte drängen vor	<p>In den Versammlungen der Kreisausschüsse meldete sich manche spontane Aktivität zu Wort und – siehe da – schon stellten sich auch die ersten Auslegungsschwierigkeiten mit der Satzung ein. Jüngere Kräfte begannen gegen ergraute Vorsitzende zu rebellieren, die einst als politisch unbelastete Persönlichkeiten mit der Leitung des Kreisausschusses betraut worden waren, die für ihre Aufgabe aber nun zu alt erschienen. Für diejenigen Kreisausschüsse, die im April 1947 noch kein Sommerprogramm aufgestellt hatten, empfahlen die "jugendnachrichten" folgende Aufgaben: Zeltlageraktion, Jugendbildungswerk, Hilfe für die Ostjugend, Mitarbeit an der Jugendausstellung (von der noch die Rede sein wird) sowie Diskussionen über die Schulreform und der Gewissensfreiheit gegenüber dem Waffendienst.</p>
Situation der Jugendgruppen	<p>Wie aber sah es zu dieser Zeit in den Jugendgruppen selbst aus? Dr. Heinrich Lades schrieb dazu: "Die Lebensformen der alten Jugendbewegung, Fahrt, Lager, Volkslied, Laienspiel, werden übernommen, aber noch nicht wieder als Ausdruck eines eigenen Lebensstiles empfunden. Ob sich ein solcher besonderer Lebensstil der Jugend überhaupt wieder entwickeln wird, ist sehr zweifelhaft. Die Verbände und Gruppen werden heute vielfach von Menschen der Mittelgeneration, 25 bis 40, geführt. Die obere Altersgrenze der in Verbänden vereinigten Jugend geht in den Westzonen meist über die frühere Grenze des 18. Lebensjahres hinaus und liegt zum Teil erst bei 25 Jahren. Der Grund hierfür liegt in der Entwicklung der heute 18- bis 25-jährigen, denen viele Jahre ihrer Jugend durch den Krieg gestohlen wurden . . ."</p>
GYA-Betrieb	<p>In den Städten und Landkreisen gelingt es nicht, die GYA-Arbeit mit der Tätigkeit der Kreisausschüsse und später der Kreisjugendringe zu koordinieren bzw. die GYA-Aktivitäten in die Jugendringe zu integrieren. In zunehmendem Maße kann GYA Clubhäuser, Bibliotheken, Sportgeräte und kalorienreiche Fahrten anbieten. Das sind alles Dinge, über die die Kreisjugendringe nur in sehr begrenztem Ausmaß verfügen. Dr. Lades meinte: "Der gute Wille der Amerikaner</p>

fällt hier indessen nicht immer auf guten Boden. Es wird zuviel Betreib gemacht. Ihr Ton erinnert manchmal an den der HJ-Führer, welche die Macht des Staates hinter sich fühlten. Sie spielen die Macht der Militärregierung gerne gegen andere, beispielsweise gegen die Kreisjugendringe, aus . . .”

Erste Internationale Jugendkundgebung

Das bedeutendste Ereignis	Das beherrschende Ereignis des Jahres 1947, vielleicht das bedeutendste Ereignis in der gesamten 20-jährigen Geschichte des Bayerischen Jugendrings, war die Erste Internationale Jugendkundgebung am 28. Juni 1947 in der Aula der Universität München mit dem nachfolgenden Beisammensein deutscher Jugendlicher und ausländischer Gäste in Sudelfeld, Seeshaupt, Kühroint, Hohenschwangau und Raintaler Hof vom 29. Juni bis 4. Juli.
Drei Ideen	Die Idee, ein solches Treffen zu veranstalten, lag nahe. Uns so ist es nicht verwunderlich, dass der Gedanke von drei Seiten fast gleichzeitig aufgegriffen wurde: Von dem Münchner Jugendparlament "Junge Stadt", von der Zeitschrift "Echo der Woche" und vom Bayerischen Jugendring.
Dokumentation der Veranstaltung	Über die Vorgeschichte der Idee schrieb Alois Johannes Lippl in jenem Buch, das eine einzigartige Dokumentation über die Jugendkundgebung darstellt ("Ruf an die deutsche Jugend, München 1947; Ein Bericht, zusammengestellt von Gerhard Fauth, Verlag die Zwölf, München):
Zwölf Jahre Abschnürung	"Als im Mai 1946 der Bayerische Landesjugendausschuss zum erstenmal zusammentrat . . . da waren sich alle Vertreter der Jugend . . . einig, dass eine der wichtigsten Aufgaben darin bestehen würde, über den klaffenden Graben aus Fremdheit, Unkenntnis und Misstrauen, der uns tödlich von der übrigen Welt trennte, Brücken zu bauen . . . Wir wussten, dass es für uns auf diesem Weg aus dem solange vergitterten Dasein heraus viele geistige und technische Schwierigkeiten geben würde. Das Schicksal einer menschlichen Inferiorität, eingesammelt in dem bedrückenden und lähmenden Begriff der Schuld, schien die Wege vorerst noch versperren zu wollen . . . Unser erstes Beginnen auf diesem Weg in die Welt musste auch in seinen Formen einem ehrlichen Willen entspringen und fern von jeder auch nur unbewussten Anbiederung echte menschliche Würde und überzeugende Lauterkeit zeigen . . . Dennoch, wir hätten damals am Beginn unserer Arbeit wohl alle etwas ungläubig den Kopf geschüttelt, wenn uns jemand gesagt hätte, dass nach einem knappen Jahr schon als ein beglückendes Ereignis eine erste große internationale Jugendkundgebung in München stattfinden würde. Aber das Unglaubliche geschah: fast erschrecken wir über das erste Echo, das uns in einer überwältigenden Herzlichkeit und Zustimmung auf unsere ersten Vorbereitungen vom Ausland her wiederfuhr und das uns gerade in seinem spontanen Wesen aufs neue klarmachte, wie wenig wir doch von draußen wussten . . ."
Eine Zeitschrift Partner des BJR	Dr. Lades und Heinz Beck saßen zwecks Besprechung von aktuellen Fragen eines Tages Anfang 1947 bei der Militärregierung, als ein Vertreter der Zeitschrift "Echo der Woche" erschien und den Wunsch zur Anhaltung einer derartigen Kundgebung äußerte. Der Sprecher der Militärregierung fand den Plan gut und forderte den

Landesjugendausschuss auf, die Kundgebung gemeinsam mit der Zeitschrift durchzuführen.

Nach den Plänen des "Echo der Woche", die der Beauftragte in dieser Besprechung vorlegte, hätte es sich jedoch nicht um eine Jugendkundgebung, sondern um ein Treffen geistiger Prominenz aus Europa gehandelt. Die Militärregierung forderte den Landesjugendausschuss auf, Gegenvorschläge zu machen, und so kam das endgültige Konzept zustande.

Organisationsplan

Die Aufgaben waren so verteilt: "Echo der Woche" lud die Ausländer ein und übernahm in München ihre Betreuung. Der Landesjugendausschuss übernahm alle organisatorischen Vorbereitungen, er lud die deutschen Teilnehmer ein und sorgte für das anschließende gemeinsame Beisammensein in den genannten Jugendhäusern. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass ohne den BLJA das Münchner Treffen nicht in dieser Form und mit diesem weltweiten Echo hätte stattfinden können. Der beschränkte Redaktionsstab des "Echo der Woche" war gar nicht in der Lage, eine solche Aufgabe zu bewältigen. Der BLJA trug zwar die Hauptlast des Unternehmens, hielt sich jedoch streng an die vereinbarte Partnerschaft.

Ruf an die Jugend der Welt

"Echo der Woche" veröffentlichte am 19. April einen Ruf "An die Jugend der Welt" in deutsch, englisch und französisch, der von dem Jugendparlament "Die Junge Stadt" unterzeichnet war. Darin hieß es u. a.: "Kommt zu uns, helft uns, überzeugt Euch, dass es auch eine andere deutsche Jugend gibt, eine Jugend, die arbeiten und aufbauen will. Helft uns in unserem Kampf gegen die dumpfe abseits stehende Masse. Gebt uns die Mittel, diesen Kampf zu bestehen. Liefert uns die Bücher Eurer großen Denker, die uns ein verbrecherisches System vorenthielt, mit denen uns unsere früheren Lehrer nicht bekannt machten und die jetzigen nicht bekannt machen können, weil es im zerstörten Deutschland keine Bücher mehr gibt. Wir wollen die Lücke ausfüllen, wir wollen lernen, wollen wissen, wie Eure Völker über Recht und Schicksal des Menschen urteilen. Wir wollen noch einmal in die Schule gehen, in die Schule des praktischen, friedlichen Lebens. Helft uns, die Lehrer zu finden. Seit selbst unsere Lehrer!"

Zustimmung – viele Zusagen

Die Einladungen an Persönlichkeiten des geistigen Lebens im Ausland wurden durch "Echo der Woche" direkt versandt. Zustimmungserklärungen zur Idee einer Internationalen Jugendkundgebung liefen in großer Zahl ein, und auch die Zusagen für eine Teilnahme kamen in größerer Zahl, als man in der damaligen Situation erwarten konnte. Man muss sich vor Augen halten, dass gerade zu dieser Zeit die nationalsozialistischen Verbrechen in der Welt erst in ihrem vollen Umfang nach und nach bekannt wurden. Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener lebten Mitte 1947 noch hinter den Stacheldrähten von Lagern in Europa, in Sibirien und in den USA. Die Welt saß zu Gericht über die Verbrechen Deutschlands. Aber der Glaube an ein anderes Deutschland war noch ein zartes Pflänzchen, das noch kaum Wurzeln geschlagen hatte. Die Vorstellung, alle Deutschen hätten von den Verbrechen des Naziregimes gewusst und hätten sie gebilligt, war zu dieser Zeit in den meisten Siegerstaaten noch ganz allgemein verbreitet.

Ruf an die deutsche Jugend	<p>Die Internationale Jugendkundgebung am Samstag, dem 28. Juni 1947, zerfiel in zwei Teile: Der erste Teil am Vormittag stand unter dem Motto "Ruf an die deutsche Jugend". Folgende ausländische Gäste hielten Ansprachen (deren Wortlaut in dem erwähnten Buch veröffentlicht ist): Prof. Georg Thüerer (Schweiz), H. Noel Brailsford (England), Jef Last (Holland), Rodolfo Olgiasi (Schweiz), Dr. Norman Himes (USA), Dr. S. Jha (Indien), André Ullmann (Frankreich). Der zweite Teil am Nachmittag brachte zunächst weitere Ansprachen ausländischer Gäste: André Gide (Frankreich), Mohamed El Bas hir El Bakri (Ägypten), Dr. Sung (China), Joseph Rovin (Frankreich) und Dr. Ernst von Schenck (Schweiz). Nach musikalischen Darbietungen der Regensburger Domspatzen folgten die "Antworten junger Deutscher". Es antworteten: Claus Heller, Annemarie Krapp, Franz Geiger, Lothar Pleitner und Gerhard Fauth.</p>
Ausländische Gäste	<p>Die ausländischen Gäste begrüßten Kultusminister Dr. Hundhammer, BJR-Präsident Lippl und "Echo der Woche"-Chefredakteur Harry Schulze-Wilde. Unter ihnen waren u. a.: Dr. Walter Corti, Schöpfer des Kinderdorfes Pestalozzi (Schweiz), A. Dratschinski, Redakteur der sowjetischen Jugendzeitung "Komsomolske Prawda" (UdSSR), Heinrich Ritzel, Generalsekretär der Europa-Union (Schweiz), Dr. Elisabeth Rotten, Mitbürgerin der Quäker-Speisung in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg (Schweiz), Dr. Dorothea Solomonides (Griechenland), Yella Lepmann, Redakteurin und spätere Leiterin der Internationalen Jugendbibliothek in München (USA).</p>
250 Reporter	<p>Es würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen, würden wir auch nur in Auszügen die Gedanken der Ermutigung wiedergeben, die von den ausländischen Gästen bei der Ersten Internationalen Jugendkundgebung an die jungen Menschen herangetragen wurden. 250 Reporter aus dem In- und Ausland verbreiteten die gehaltenen Reden in der Öffentlichkeit. Der gesamte vorgetragene Gedankenkomplex lässt sich vielleicht reduzieren auf einen einzigen Satz, den Rodolfo Olgiasi aussprach: "Weil diese Absperrung in der ganzen Welt als eine Gefahr empfunden wird, wurde die Münchner Jugendkundgebung ein Erfolg. Weil die verantwortlichen Geister auf der Hut vor einem neuen Verhängnis bleiben wollen, deshalb fühlten sie sich zur Begegnung mit der deutschen Jugend verpflichtet."</p>
Rede von Annemarie Krapp	<p>Von den Sprechern der jungen deutschen Generation, die eine Antwort auf die Reden der ausländischen Gäste versuchten, muss ein Name erwähnt werden: Die Studentin Annemarie Krapp, die erst drei Tage vor der Kundgebung zu einem Beitrag aufgefordert worden war, löste die stärkste Auseinandersetzung auf der Jugendkundgebung aus. Ihre Bemerkung, sie bejahe zwar die Demokratie, aber sie sei nicht davon überzeugt, dass sie wegen des Bekenntnisses zur Demokratie vielleicht schon morgen in ähnlicher Weise zur Rechenschaft gezogen werden, wie man jetzt die Nazis zur Rechenschaft ziehe, provozierte einen Sturm der Entrüstung, aber das unbefangene sprechende Mädchen erhielt auch ebensoviel Zustimmung. Vor allem die ausländischen Gäste zeigten sich sehr beeindruckt über das mutige Bekenntnis, und sie sahen gerade darin ein Zeichen dafür, dass die junge deutsche Generation die Demokratie nicht unbesehen</p>

übernehme, etwa weil dies gerade zweckmäßig sei und weil man mit der Besatzungsmacht gut auskommen müsse.

Die deutsche Presse war zunächst völlig gegen die Rede von Annemarie Krapp eingestellt, auf der Pressekonferenz am 29. Juni erklärten sogar die deutschen Journalisten, sie schämten sich für diese Ansprache. Nachdem jedoch die Engländerin Mrs. Brailford dazu Stellung genommen hatte, schlugen die Stimmungen um. Es ist uns aus dem zeitlichen Abstand heute kaum verständlich, wie diese Ansprache eine solche Erregung hervorrufen konnte. Die Erklärung ist in der damaligen geistigen Situation zu finde.

Kriegsgefangene freigelassen Der durch die Jugendkundgebung veranlasste Besuch des Auslands in München hatte viele positive Auswirkungen. An erster Stelle ist die symbolische Geste der französischen Regierung zu nennen, die 25 aus München stammende Kriegsgefangene freiließ. Die jungen Männer kehrten noch vor Abreise der ausländischen Teilnehmer heim.

André Gide Die deutsche Not wurde den ausländischen Gästen eindringlich vor Augen geführt – durch Besuche in mehreren Flüchtlingslagern, Wohnbunkern und Kellerquartieren der Stadt München und der näheren Umgebung. Gerhard Fauth schilderte: " In der Mittagsstunde vor seiner Ansprache saß André Gide auf einem Trümmerberg inmitten der Ruinen der Stadt und versuchte, die innere Zerrissenheit zu begreifen, die als Folge solcher äußeren Zerstörungen an der deutschen Jugend zu beobachten ist. Maurits Dekker, der Holländer, war nach der Rückkehr in seine Heimat um Kleiderspenden für Flüchtlingskinder bemüht, Dr. Meertens suchte in mehr als 20 Versammlungen die Not der deutschen Gegenwart seinen Landsleuten begreiflich zu machen und vermittelte ungezählte Briefaustausche. Jef Last schrieb und sprach unmöglich zur Vertilgung der Kollektivschuld-Anklage in holländischen und französischen Zeitungen, Noel Brailsford lenkte die Aufmerksamkeit der britischen Öffentlichkeit auf die unwiederbringliche Chance, die dem Gedanken der Versöhnung heute in Deutschland offen sei. Dr. Robert Corti stellte sich mit Rat und Hilfe bei der Planung von deutschen Jugenddörfern zur Verfügung, und Prof. Dr. Georg Thürer bewegte die ostschweizerische Grenzlandbevölkerung zum Aufnahme von 250 Münchner Kindern für drei Monate in die Schweiz."

Begegnungen in Jugendhäusern Der Bayerische Jugendring sah in den der Jugendkundgebung in München folgenden Tagen eine Chance, zum erstemal nach dem Kriege wieder Kontakte zur Jugend des Auslands herzustellen. Die Gespräche in den fünf Jugendhäusern brachten zunächst ein vorsichtiges Abtasten der Positionen. Diskussions- und Zündstoff gab es genug. Die ausländischen Gäste nahmen von diesen Begegnungen die stärksten Eindrücke mit. Eindrücke, die eben die Konturen eines neuen Deutschlands in der Öffentlichkeit des Auslands aufzeigen konnten. Darüber hinaus wurden bei diesen Begegnungen erste praktische Besprechungen über Formen und Möglichkeiten späterer weiterer Treffen geführt. Das Ausland hielt solche Treffen für notwendig und nützlich, und es bejahte auch einen internationalen Jugendaustausch, der als ein Mittel erschien, den errungen Frieden auf die Dauer zu sichern.

Jugendausstellung auf der Theresienhöhe

Demonstration und Begegnung	<p>Das zweite große Ereignis für den Bayerischen Jugendring im Jahr 1947 wurde eine vom BJR gemeinsam mit dem Landesjugendamt arrangierte Jugendausstellung auf der Theresienhöhe. Auch bei dieser Veranstaltung sollte wie bei der Internationalen Jugendkundgebung die Demonstration neben der Jugendbegegnung stehen.</p> <p>Zwei Motive begründeten die Idee der Jugendausstellung: einmal die Überlegung, die Öffentlichkeit mit der Jugendnot und zugleich mit den Leistungen der Jugendarbeit vertraut zu machen. Zum anderen aber auch die Chance, Jugendbegegnungen durchzuführen. Der Termin der Jugendausstellung war bestimmt worden von der Hoffnung, dass einige Reisegruppen aus Frankreich, Italien und den Beneluxländern auf dem Weg zu einem (kommunistischen) Weltjugendtreffen in Prag die bayerische Landeshauptstadt passieren könnten. Mit diesen Jugendlichen wollte man ins Gespräch kommen, und man nahm an, eine repräsentative Jugendschau ebenso wie die Anwesenheit deutscher Jugendgruppen während der Ausstellungszeit auf der Theresienhöhe könnte spontane Gespräche, spontane Begegnungen auslösen.</p>
Die Not der Jugend - Leistungen der Jugendarbeit	
Vorklärung im HA	<p>Die Vorbereitungen für die Jugendausstellung begannen zunächst ohne ein zustimmendes Votum des Hauptausschusses. Prompt fühlten sich einiger Verbandsvertreter überfahren, und auf der Hauptausschusstagung vom 4. bis 7. Juli in Seeshaupt kam es wegen dieser Initiative des Präsidenten (und mancher anderer Punkte) zu recht turbulenten Debatten. Sie zeitigten eine bis heute segensreiche Nebenwirkung: Dr. Hintermann schlug nämlich vor, als Verbindung zwischen dem nur in größeren Abständen zusammentretenden Hautausschuss und dem Präsidenten einen Arbeitsausschuss zu bilden (später "Zwischenausschuss" genannt, heute "Landesvorstand").</p>
Papierkrieg	<p>Nach eine andere organisatorische Frage stand auf dieser Hauptausschusstagung zur Diskussion: eine neue Geschäftsordnung für den BJR. Von ihr erhoffte man sich eine Reduzierung des Papierkriegs. Präsident Lippl berichtete, in einer einzigen Juni-Woche seien 1300 Posteingänge, 1250 Ausgänge und 12000 (!) Besucher im BJR registriert worden. Die an die Militärregierung zu erstattenden Berichte hatten im ersten Arbeitsjahr einen Gesamtumfang von 905 Schreibmaschinenseiten erreicht. Um sie zusammenstellen zu können, mussten 15 000 Seiten Berichte von Kreisjugenausschüssen ausgewertet werden.</p>
Kürzung der Rationen	<p>Während diese Hauptausschusstagung Zukünftiges plante, erinnerte Magenknurren an die immer härter werdende Gegenwart. Erneut waren die Lebensmittelzuteilungen auch für Jugendliche gekürzt worden. Der Hauptausschuss protestierte in einer EntschlieÙung denn auch energisch gegen die erneute "überraschende und stillschweigende" Kürzung der Zuteilung von Fleisch und Fett in der 103. Zuteilungsperiode: "...Die Leistungsfähigkeit und Arbeitsmoral werde weiter sinken". Man muss im Rückblick auch an solche scheinbar nur "äußerliche" Erschwernisse erinnern, will man die Initiative und Ideenfreudigkeit im Nachhinein richtig einschätzen.</p>
Ministerpräsident	<p>Die Schirmherrschaft über die Jugendausstellung übernahm</p>

Schirmherr	Ministerpräsident Dr. Hans Ehard. Dem Ehrenausschuss gehörten die Minister Dr. Hundhammer (Kultus), Dr. Seifried (inneres), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultus) sowie Dr. Philipp Auerbach (Staatskommissar für die Verfolgung des Naziregimes)an.
Es fehlt an allem	Unvorstellbare Schwierigkeiten behinderten die Vorbereitung zur Ausstellung. Präsident Lippl seufzte: "Es ist leichter, heutzutage eine Staatsregierung zu bilden, als einen Reißnagel zu bekommen oder Packpapier oder Kleister." Und in seiner Eröffnungsrede am 2. August 1947 sagte der: "Die Ausstellung steht bewusst in der ganzen materiellen Not unserer Zeit. Sie will keine falsche goldene Fassade zeigen. Sie hat aus der Not heraus eigenen Lösungen versucht. Sie verbirgt die Armut nicht, Brett bleibt Brett, Papier bleibt Papier . . . Diese Art von gestalterischer Improvisation war schwer, manchmal wollten wir verzweifeln. Aber wir sind, sogar trotz allen Ämtern, hartnäckig geblieben, und wir haben es geschafft. Wir glauben, dass auch das äußere Gesicht unserer Ausstellung wirklich jugendlich ist".
Zeitbezogenes Rahmen-Programm	Der Feier vorausgegangen war die Eröffnung einer parallel laufenden kleineren Ausstellung in den Neuen Sammlung mit dem Titel "Schöpferische Kräfte der Jugend". Am 5. August sprach dann im Ausstellungsgelände Heinz Beck über das Thema "Jugend und Krieg". Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und eigene Tage der Jugendverbände schlossen sich an. Die auswärtigen Jugendlichen, die in großer Zahl nach München kamen, wurden teils in der wiedereröffneten Jugendherberge in der Wendl-Dietrich-Straße, teils in einer Zeltjugendherberge innerhalb des Ausstellungsgeländes untergebracht. Die Verpflegung der Gäste bereitete große Schwierigkeiten.
Wandlungen im Herbergswerk	Zum erstmal nach Kriegsende stand eine Jugendherberge in enger Verbindung mit einer größeren Jugendveranstaltung. In diesen Tagen feierte Prof. Enzensperger seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar gab sein Büchlein "Jugendwandern" heraus, das technische und geistige Voraussetzungen des Jugendwanderns aus der Sicht der Schule und der freien Jugendarbeit behandelte. Der Landesverband verfügte zu diesem Zeitpunkt wieder über 49 Jugendherbergen, davon waren allerdings nur 26 ganz oder teilweise in Betrieb. Mit fast prophetischer Sicht sagte Dr. Graßl in einem Beitrag der "jugendnachrichten" voraus, die im Sommer des Jahres 1947 nur spärlich entwickelte Jugendwanderbewegung werde sich schon bald in ungeahnte Maßnahmen ausbreiten. Und er schrieb – wie sehr sollte er recht behalten: "Aus manchen Beobachtungen möchte man den Schluss ziehen, dass es eher eine Jugendreisebewegung als eine Jugendwanderbewegung sein wird . . ." Man müsse ein "wachsames Auge darauf haben, dass das jetzt wieder anlaufende Hotel- und Fremdenverkehrsgewerbe die Jugendherbergen nicht überwuchert".
BJR zieht in die Wendl-Dietrich-Straße	Ende August konnte der BJR endlich von der Possartstraße umziehen in Geschäftsräume, die der Jugendherbergsverband in seinem Hause Wendl-Dietrich-Straße angeboten hatte. Durch Einquartierung war dieses Gebäude jedoch äußerst heruntergekommen, die Mitarbeiter des BJR residierten in notdürftig zusammengeflackten Räumen.

Auftakt der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit

Staats- und sozialpolitische Informationstagung	Zum dritten großen Ereignis des Jahres 1947 wurde eine sozialpolitische Informationstagung vom 22. Bis 29. November in Dachau. Sie bildete zugleich den Auftakt und Beginn der staatsbürgerlichen Jugendbildung in der freien Jugendarbeit Bayerns.
Orientierungshilfen fehlen	Man muss unsere jüngeren Freunde, die diese Zeit nicht erlebt haben, an die äußeren Begleitumstände erinnern: zu diesem Zeitpunkt existierte noch kein von der Militärregierung zugelassenes Geschichtsbuch, geschweige denn ein wegweisendes Werk über Staatsbürgerkunde. Es fehlten Broschüren und Arbeitshilfen, je es mangelte überhaupt an Erfahrung auf diesem neuen Gebiet einer Erziehung der Jugend zum demokratischen Staat.
Bildungsarbeit ohne Grundlagen	Vor dem Start dieser Erziehung aber galt es, einmal rein informatorisch die Grundlagen zu überprüfen. Es galt, den Rahmen abzustecken, innerhalb dessen sich überhaupt eine staats- und sozialpolitische Jugendbildungsarbeit vollziehen konnte. Die Jugendvertreter hatten (eben so wenig wie die Lehrer zu dieser Zeit) keine Ahnung, wo sie beginnen sollten und wie weit sie gehen durften. Die Militärregierung wiederum kannte nur den Inhalt jener staatspolitischen Schulungsstunden, die in der HJ üblich gewesen waren.
Politiker als Wegweiser der Jugend	Unter solchen Aspekten nimmt es nicht Wunder, dass sich die Spitzen der Staatsregierung sowie die Militärregierung an dieser ersten Tagung des BJR beteiligten, um gemeinsam mit den Jugendringvertretern das so neue, unbeackerte und voller Unsicherheit steckende Gebiet abzutasten. Erfahrene Politiker warfen ihre ganze Autorität in die Waagschale, um dieser Tagung ein Gelingen zu sichern. Um der Jugend und den Jugendverbänden den richtigen Weg in die künftige Staatsbürgerliche Bildungsarbeit zu weisen.
Grundsatzreferat des Ministerpräsidenten	Bayerns Ministerpräsident Dr. Hans Ehard hielt das einleitende, grundsätzliche Referat. Alois Johannes Lippl sprach über das Thema "Jugend und Staat". Ministerpräsident a. D. Dr. Wilhelm Hoegner eröffnete die Reihe der Informationsvorträge mit einem Referat über die bayerische Verfassung, zu deren geistigen Vätern er gehört. Es sprachen der Politologe Prof. Glum, Landtagspräsident Dr. Michael Horlacher, Franz Josef Strauß, Staatssekretär Dr. Andreas Grieser, Innenminister Dr. Ankermüller und Flüchtlings-Staatssekretär Jänicke. Neben anderen verzeichnet das umfangreiche Tagungsprogramm auch die Namen des späteren Bundeslandwirtschaftsministers Prof. Wilhelm Niklas und weiterer hoher Beamter aus den verschiedenen Staatsministerien. Die Tagung endete schließlich mit der Annahme einer Reihe von Empfehlungen und Entschlüsse, die für die spätere Arbeit auf örtlicher Ebene richtungsweisend wurden. Die Teilnehmer, Vertreter der Kreisjugendringe, nahmen diese Entschlüsse mit hinaus für ihre praktische Arbeit.
Empfehlungen an die Kreisjugendringe	

BJR-Modell freien und behördlichen Zusammenwirkens

BJR-"Warenlager"	Ideen, Programme, neue von weitschauenden Gedanken durchdrungene Vorhaben – und daneben immer wieder die
------------------	--

Not der Gegenwart. Im November 1947 war der BJR scharfen Angriffen von manchen wenig orientierten Freunden in den Kreisjugendringen und Landesverbänden ausgesetzt, die in den Vorwurf gipfelten, der BJR horte in seinen verschiedenen Lagern, vor allem im Bunker Milbertshofen, Waren aller Art. Präsident Lippl musste auf der Hauptausschusstagung im November 1947 Gerüchte dementieren, der BJR sein ein "einziges großes Warenlager". Tatsächlich waren einige Zeit größere Bestände an Zelt- und Sportmaterial oder untergebracht. Es konnte nicht ausbleiben, dass mehrfach Diebe die Schätze plünderten. Der BJR bemühte schließlich sogar Privatdetektive, und die Täter konnten auf frischer Tat geschnappt werden. Traurig, aber wahr: auch drei BJR-Angestellte mussten entlassen werden, weil sie sich bereichert hatten.

Jugendhaus München gegründet

Um die Warenabgabe für alle Empfänger durchsichtig zu machen und den ständigen Gerüchten ein Ende zu bereiten, gründete der BJR schließlich im Dezember 1947 die Firma "Jugendhaus München, Gesellschaft zur Deckung des Jugendbedarfs mbH". Der bisherige BJR-Geschäftsführer Josef Abbt und Dipl.-Kaufmann Otto Fischer übernahmen die Leitung.

Zusammenwirken mit Verbänden

Der BJR begann zu dieser Zeit immer mehr über den eigenen Zaun hinauszuschauen. Er suchte und fand viele Kontakte. Die beste Zusammenarbeit bestand mit dem Jugendherbergsverband. Ein vertrauensvolles Zusammenwirken hatte sich auch mit dem Landessportverband, dem Bayerischen Roten Kreuz und den kommunalen Vertretungen entwickelt. Franz Josef Strauß, der die Arbeit des BJR seit der Gründung des Landesjugendausschusses mit Rat und Tat begleitet hatte, wechselte nunmehr vom Jugendreferat des Kultusministeriums zum Innenministerium über, wo er die Leitung des Landesjugendamtes übernahm.

Ein Staatssekretariat für die Jugend

Mit – aus heutiger Sicht zweifellos übertriebenem Unmut – hatte sich die Hauptausschusstagung im November 1947 dagegen zu der Zersplittung der Zuständigkeiten in Jugendfragen in einer EntschlieÙung geäuÙert. Die "teilweise unorganische Aufteilung in verschiedenen Ministerien", so heißt es in dieser Resolution, verkompliziere und erschwere die Bewältigung der vorliegenden Aufgaben. Der Hauptausschuss schlug eine Zusammenfassung in einem "Staatssekretariat für die Jugend" vor. Schon zwei Monate später, am 25. Januar 1948, unterbreitete der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Dr. Josef Müller ("Ochsensepp"), die Anregung der CSU-Landesversammlung. Die Delegierten verabschiedeten einstimmig einen Antrag, der sich hinter die Forderung des BJR stellte.

Schließlich sprach sich auch die SPD für ein derartiges Staatssekretariat aus. Das Projekt sei dann allerdings, so heißt es dazu kommentierend in den "jugendnachrichten", in die "Niederungen innerparteilicher Auseinandersetzungen" geraten und schließlich ganz begraben worden.

In der Praxis verbesserte sich das Verhältnis des BJR zu den Ministerien zusehends. Franz Josef Strauß erhielt als Leiter

Dr. Heinrich Lades

des Landesjugendamtes in Dr. Heinrich Lades, der ebenfalls die Arbeit des BJR von Anfang an begleitet hatte, nach dessen Berufung zu seinem Nachfolger als Leiter des Jugendreferats im Kultusministerium einen ausgezeichneten Gesprächspartner. Landesjugendamt, Kultusministerium, aber auch das Arbeitsministerium vereinten sich mit dem BJR zu einer in der Folgezeit äußerst fruchtbaren partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Dieses gemeinsame Wirken erstreckte sich vor allem auf die Neuordnung der Jugendgesetzgebung und auch die vielen noch ungelösten Probleme der Jugendsozialarbeit. In dieser Zeit entstand in Bayern das Modell einer mustergültigen Zusammenarbeit zwischen den freien Trägern der Jugendarbeit und den Behörden. Ein Modell, das bis heute Seinesgleichen in der Bundesrepublik sucht.

1948

Abschluss der "Gründerzeit"

Lizenzierung entfällt

Das Jahr 1948 begann mit einem für den BJR erfreulichen Auftakt: Mit Wirkung vom 1. Januar fiel die Lizenzierungspflicht für Jugendgruppen und -verbände auf Kreisbasis durch Erlass der Militärregierung weg. Sie wurde umgewandelt in eine Registrierungspflicht. Die Lizenzen konnten nunmehr ausschließlich durch Deutsche zugeteilt werden.

Körperschaftsrecht verliehen

Am 16. Januar vollzog das Kultusministerium einen weiteren, für den BJR erfreulichen Akt: Mit Bekanntmachung Nr. II 934 verlieh Kultusminister Dr. Hundhammer dem Bayerischen Jugendring die Körperschaftsrechte. Er entsprach damit einer dem BJR schon ein Jahr zuvor gegebenen Zusage.

Höhepunkt der materiellen Not

Die materielle Not trieb zu Beginn des Jahres 1948, das mit der Währungsreform die Wende zum wirtschaftlichen Aufstieg bringen sollte, ihrem Nachkriegshöhepunkt entgegen. Schon die Dezemberausgabe 1947 der "jugendnachrichten" hatte wegen Papiermangels nicht mehr erscheinen können. Auch im ersten Halbjahr 1948 kam nur eine einzige Ausgabe heraus. (Die Papiersperre hatte jedoch auch andere Gründe: Die Militärregierung nahm an Beiträgen Anstoß, die Themen von über den BJR hinausgehendem Interesse behandelten. Sie erklärte, die Lizenz sei "nicht mehr in Ordnung". Bei einer "Öffentlichkeit" der "jugendnachrichten" könne nicht mehr der BJR, sondern nur ein "politisch zuverlässige" Privatperson Lizenzträger sein.)

Informationsdienst des BJR

Aus der Not wurde eine Tugend: Wir meinen die erste Ausgabe eines Informationsdienstes im März 1948. Um nicht den durch die "jugendnachrichten" bis dahin guten Kontakt zur Öffentlichkeit zu verlieren, entschloss man sich, hektographierte Blätter herauszugeben. Was zunächst nur eine Ausweichmöglichkeit war, entwickelte sich später zu einem wirksamen Instrument der Öffentlichkeitsarbeit, während die "jugendnachrichten" von da an mehr der Information, Diskussion und Anregung innerhalb des Jugendrings und der Jugendverbände gewidmet waren. Die Rückentwicklung nach innen vollzog sich, obwohl der damalige Redakteur Alfred Wurm schließlich eine Lizenz bekam.

Auseinandersetzung mit der FDJ beginnt	<p>"Wann wir schreiten Seit an Seit" sangen die Mitglieder der Hauptausschusstagung am 22. März 1948 auf dem Jugendberghaus Sudelfeld. Die Harmonien dieses Liedes wurden freilich am gleichen Tag empfindlich gestört durch Dissonanzen, die der Revisionsbericht in der Diskussion auslöste. Rückblickend kann man sagen, dass nicht so sehr die Sachfragen in der bewegenden Aussprache im Vordergrund standen, sondern politische Argumente, die von der FDJ ins Gespräch gebracht wurden. Mit dieser Hauptausschusstagung begann die Auseinandersetzung des BJR mit seinem Mitgliedsverband FDJ. Walter Vedder, der FDJ-Vertreter im Hauptausschuss, war es, der die unsachlichen Töne in die Debatte warf. Dr. Eugen Hintermann, der damalige Vertreter des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend im Hauptausschuss, verwehrte sich am schärfsten gegen die Methoden Vedders. Nur eine Entschuldigung gegenüber dem Präsidenten bewahrte die FDJ noch davor, bereits in dieser Hauptausschusstagung ausgeschlossen zu werden. Dies hinderte die in Ost-Berlin erscheinende FDJ-Tageszeitung "Junge Welt" allerdings nicht daran, ihre Angriffe gegen den BJR fortzusetzen. Dr. Graßl musste sich schützend vor den honorigen Prof. Enzensperger stellen, der ebenfalls von der FDJ verunglimpft wurde. Bis Juni 1948 ruhte jegliche Zusammenarbeit zwischen BJR und FDJ, jedoch – so hieß es in den "jugendnachrichten" optimistisch – "ist nunmehr anzunehmen, dass sich der Wille zur sachlichen Zusammenarbeit innerhalb der FDJ durchsetzen und damit das alte Verhältnis wiederhergestellt wird". Die Hoffnung sollte sich nicht erfüllen.</p>
Bildung des "Zwischenausschuss"	<p>Ein wichtiger Beschluss dieser Hauptausschusstagung war - veranlasst durch eine frühere Anregung von Dr. Hintermann und die im Revisionsbericht zutage getretenen organisatorischen Mängel – einen sog. "Zwischenausschuss" zu bilden. Dieser Ausschuss tagte künftig zwischen den Hauptausschusstagungen. Er wurde Vorläufer des späteren und noch heute tätigen BJR-Landesvorstandes.</p>
Jugendleiterschule Neubeuren	<p>Auf der Hauptausschusstagung im März 1948 wurde zur Gründung einer Jugendleiterschule in Neubeuren ein vorbereitender Ausschuss gebildet, dessen Vorsitz der damalige Vertreter der Studentenschaft München und heutige Sportreferent im Kultusministerium, Richard Vorhammer, übernahm. Der Gedanke, eine solche Schule einzurichten, war schon in einer der ersten Ausgaben der "jugendnachrichten" erörtert worden. Auf Schloss Neubeuren in Brannenburg am Inn erhielt der BJR den Westflügel zugesprochen, in dem nach Ausbau und Einrichtung jeweils bis zu 100 Teilnehmer in bis zu drei nebeneinander laufenden Kursen untergebracht werden konnten</p>
Prof. Karl Seidelmann	<p>Nach langer Suche fand man auch einen Leiter, Prof. Karl Seidelmann aus Augsburg, der aus der Jugendarbeit hervorgegangen und Leiter einer Lehrerbildungsstätte gewesen war.</p> <p>Seidelmann verfolgte die großartige, aber leider nie verwirklichte Idee, in einer derartigen Schule nicht nur die Leiter von Jugendgruppen zu unterweisen, sondern in den Kursen auch Junglehrer, Sozialarbeiter aus allen Bereichen</p>

sowie die Leiter und Mitarbeiter von Jugendämtern anzusprechen. Der Bogen war zu weit gespannt, aber jenes später vom BJR proklamierte Ziel der "größeren Einheit" hätte in Neubeuren bereits seine erste Verwirklichung finden können. Das Vorhaben musste an den begrenzten Geldmitteln, an den fehlenden Dozenten und nicht zuletzt an der räumlichen Beengung scheitern.

- Jugendpfleger neuer Berufstyp Was in der Konzeption von Neubeuren nur schemenhaft durchschimmerte, sprach Oberregierungsrat Franz Josef Strauß deutliche in einem Referat vor Vertretern der Militärregierung Anfang April 1948 aus. Der Leiter des Landesjugendamtes legte dar, die Jugendämter könnten nicht länger auf "individuelle Wohlfahrts- und Vormundschaftstätigkeit" beschränkt bleiben, sondern müssten tatkräftig an die "sozialpädagogischen Aufgaben der Gegenwart" herangehen. "Dafür ist jedoch", so erklärte Strauß, "ein in Bayern bisher nicht bekannter Berufstyp, der Jugendpfleger, erforderlich". Er gehöre der mittleren und gehobenen Verwaltungslaufbahn an und er solle ein halbes Jahr in der Jugendleiterschule des BJR auf seine Aufgaben vorbereitet werden.
- Jugendwohlfahrtsausschüsse Strauß entwarf für die künftige gesetzliche Regelung dieser Fragen eine Plan: den Jugendwohlfahrtsausschüssen, so forderte er, müssten Jugendpflegeausschüsse gegenübergestellt werden, und die Jugendpflegeausschüsse seien identisch mit den Kreisjugendausschüssen. Die jugendpflegerischen Aufgaben sollten weiterhin vom Kultusministerium bearbeitet werden, die Wohlfahrt dagegen sollte beim Innenministerium bleiben.
- Jugendarbeitsschutzgesetz Den BJR beschäftigte zu dieser Zeit jedoch noch nicht die Novelle zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, auf die Strauß hier abzielte, sondern das Jugendarbeitsschutzgesetz. Ein eigener BJR-Ausschuss stellte einen Entwurf zusammen. Neben dem Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche forderte der Entwurf eine maximale Arbeitszeit von 42 Stunden für Jugendliche unter 16 und von maximal 45 Stunden für Jugendliche über 16 Jahre. Die heute so bescheiden, fast anachronistisch anmutenden Forderungen lösten indessen eine lebhaftige Diskussion aus, und mancher meinte, der BJR schieße hier weit über die angesichts der Not erreichbaren Ziele hinaus.
- Jugendschutz Eine andere gesetzliche Initiative berührte den Jugendschutz. Eine Schwemme amerikanischer Horror-, Kriminal- und Gangsterfilme erfülle die Leinwände in den ausverkauften Kinos, in denen auch jungen Menschen Ablenkung vom tristen Alltag suchten. Verantwortungsbewusste Erzieher, Jugendleiter und Lehrer erkannten, welche Gefahren für junge Menschen aus derart einseitigen Darstellungen erwachsen. Der BJR wurde eingedeckt mit Forderungen von Kreisjugendringen, Jugendschutzbestimmungen anzustreben. Man verlangte eine von Jugendvertretern auszuübende Vorzensur, wirksame Kontrollen und staatliche Verbote. Die Maiausgabe 1948 der "jugendnachrichten" befasst sich denn auch erstmals mit dem Thema "Film". Alfred Wurm, der Verfasser des Beitrags, formulierte die auch in heutiger Sicht gültige Meinung, Verbote und Zensurmaßnahmen allein genügten nicht. Eine bewusste Hinführung der Jugend zum guten Film, eine geschmackliche Filmerziehung seien

mindestens ebenso wichtig wie eine umfassenden Gesetzgebung zum Schutz der Jugend.

Lippl kandidierte nicht mehr	Mit der Hauptausschusstagung vom 9. Bis 11. Mai 1948 neigten sich die beiden Jahre der Aufarbeitung und des Aufbaues des Bayerischen Jugendring ihrem Ende zu. Alois Johannes Lippl verzichtete auf eine erneute Kandidatur. "Als ich vor zwei Jahren als Präsident in den Jugendring eingetreten bin", so sagte er mit bewegenden Worten, "war es für mich eine Verpflichtung, der ich mich, angesichts der Situation, einfach nicht entziehen konnte . . . Maßgebend für mich war der Leitgedanke, aus dem Wissen der Zeit den Versuch zu einer neuen, lebendigen Form der Jugendarbeit zu machen. Wenn ich heute gehe, sehe ich auf zwei Jahre zurück, die auch für mich in keiner Weise verloren waren, die ich gerne aus der Mitte meines Lebens herauschnitt und der Jugend zur Verfügung stellte . . . Die Arbeit des Jugendring-Präsidenten ist kein Beruf, sondern sie ist ein Amt. Jeder Versuch, sie zu einem Beruf werden zu lassen, ist eine Gefahr für die Person, die ihn ausüben möchte, wie für die Jugend überhaupt".
Jugendringpräsident – kein Beruf	
Lippl Ehrenpräsident	Auf Vorschlag von Landesjugendpfarrer Hans-Martin Helbich ernannte der Hauptausschuss Alois Johannes Lippl in Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um den Jugendring zum – bisher einzigen – Ehrenpräsidenten. Lippl erklärte sich bereit, die Geschäfte des Präsidenten noch bis Mitte Juni (Zweite Internationale Jugendkundgebung) weiterzuführen.
Dr. Martin Faltermaier	Zu seinem Nachfolger wählte der Hauptausschuss sodann mit 28 Stimmen bei vier Enthaltungen Dr. Martin Faltermaier zum ersten und mit 25 Stimmen bei sieben Enthaltungen Heinz Beck zum zweiten Präsidenten.
Neue Satzung	Aus der umfangreichen Tagesordnung, dieser äußerst sachlich verlaufenden Hauptausschusstagung sind zu erwähnen: Die einstimmige Annahme und Unterzeichnung einer neuen Satzung des BJR, die Verabschiedung einer Geschäftsordnung des Hauptausschusses, die Lizenzübergaben an die Bayerische Landjugend, vertreten durch Werner Schneider.

Zweite Internationale Jugendkundgebung

Fortführung der Kontakte	"Das große Abenteuer" nannte Präsident Lippl die Zweite internationale Jugendkundgebung, die in Fortführung der ein Jahr zuvor geknüpften Kontakte für Juni 1948 – wiederum gemeinsam von BJR und "Echo der Welt" – vorbereitet wurde. Ein Abenteuer sowohl von der materiellen und organisatorischen Seite gesehen als auch von der geistigen und politischen Konzeption. Zur Unsicherheit der beim Anlaufen der Vorbereitungen noch im Vordergrund allen Denkens stehenden schlechten Ernährungslage und zu der von weltpolitischen Ost-West-Spannungen erfüllten Atmosphäre gestellte sich die Erwartung einer nahe bevorstehende Währungsreform. Über 1000 Ausländer waren diesmal eingeladen worden. Auf der Theresienhöhe entstand ein großes Camp. Eine eigene Lagerzeitung mit dem Titel "Fünf Zelte", die täglich erschien (die erste in Westdeutschland erscheinende "Tageszeitung"), sollte über die Ereignisse berichten. Es mangelte an Zeltmaterial, Transportmitteln,
Bevorstehende Währungsreform	

Treibstoff – überhaupt so ziemlich an allem, was für eine derart groß angelegte Veranstaltung benötigt wurde.

Die fünf Zelte	Am 11. Juni trafen in München die ersten Gäste ein. Zusammen mit ihnen kamen 27 vorzeitig aus der Kriegsgefangenschaft in Frankreich Entlassene. Familienszenen und internationales Zeremoniell auf dem Bahnsteig. Abends in der Zeltstadt internationale Atmosphäre. München steht im Zeichen der "Fünf Zelte": Symbol der Solidarität der Jugend der Welt.
800 Ausländer in München	Am 12. Juni wehen die Fahnen von 31 Nationen an der Auffahrt zur Theresienhöhe. 800 Ausländer aus 37 Nationen, dazu 1200 deutsche Jugendliche sind anwesend. Ministerpräsident Dr. Ehard findet brausende Zustimmung mit dem Wunsch, endlich die Kriegsgefangenen in die Heimat zu entlassen. Oberbürgermeister Wimmer stellt die Notwendigkeit einer beruflichen Schulung der Jugend in den Vordergrund seiner Ansprache. Die Jugenddelegation der ausländischen Nationen sprechen Grußworte an die deutsche Jugend. Der Dichter Carl Zuckmayer legt ein begeistert aufgenommenes Bekenntnis zur deutschen Jugend ab. Gerhard Fauth vom "Echo der Welt" verliest Grußbotschaften prominenter Ausländer, die der Einladung nicht Folge leisten konnten: André Gide, Jeff Last, Pearl S. Buck, Ernst Zahn. Als Vertreter der jungen Generation sprechen Gerhard Fauth, Josef Rommerskirchen, Harry Konietzki und Christel von Wegsack.
Carl Zuckmayer	Am Sonntag, den 13. Juni, halten Kardinal Faulhaber und Oberkirchenrat Hans Schmidt die Gottesdienste für die beiden Konfessionen ab. Am Nachmittag beginnt im Nymphenburger Park ein großes Sommerfest der Jugend.
Kritische Diskussion	Vom 14. Bis 16. Juni tagen 14 Arbeitsgemeinschaften. Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen regen die Besucher zu kritischen Diskussionen an. Die Publizistik nimmt wieder regen Anteil: nicht zuletzt durch die internationale Presseausstellung, die zur gleichen Zeit im Ausstellungsgelände stattfindet. Das nahende Ende der Jugendkundgebung kündigt atmosphärisch ein Wolkenbruch mit heftigen Gewitterstürmen an, der am Donnerstag, den 17. Juni, den internationalen Sängerwettstreit stört.
Bilanz der Begegnungen	Nach einmal vereinen sich die Teilnehmer am 18. Juni zur großen Schlusskundgebung im Ausstellungsgelände. Dr. Martin Faltermaier zieht Bilanz: "Wir sind nicht zusammengekommen, um zu beschließen, sonder um zu beginnen." Am Nachmittag findet eine Kranzniederlegung an der Gedenktafel der Geschwister Scholl in der Universität statt.
Jugendsiedlung Friedensdorf	Am Samstag, den 19. Juni, regnet es in Strömen. Die Währungsreform wird verkündet. Überstürzt reisen die Teilnehmer ab. Ein kleines Häuflein Unbekümmerter führt mit nach Nürnberg zur Grundsteinlegung der Jugendsiedlung Friedensdorf. Elisabeth Rotten und Carl Zuckmayer sind dabei.

Der erste Entwicklungsabschnitt des Bayerischen Jugendrings ist zu Ende.